

PROTOKOLL

über die 11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Donnerstag,
dem 14.12.2023,
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: Rat/011/2023
Öffentliche Sitzung: 17:00 Uhr bis 21:05 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Harald Kruse

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Jutta Dettmann

Mitglied CDU-Fraktion

Lars Albertmelcher
Elisabeth Aryus-Böckmann
Stefanie Ernst
Karl-Heinz Gerling
Bernd Gieshoidt
Gerda Hövel
Dieter Kintscher
Jan Lütkemeyer
Niklas Schulke
Hermann Stratmann
Susanne Unnerstall
Sabine Wehrmann

Mitglied SPD-Fraktion

Lorenz Brieber
Hauke Dammann
Uwe Hinze
Wilhelm Hunting
Karin Kattner-Tschorn
Annegret Mielke
Mathias Otto ab 18.18 Uhr
Uwe Pläß
Andreas Timpe ab 17.10 Uhr bis 19.50 Uhr
Axel Uffmann
Detlef Weitkamp

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Sandra Görtz
Regina Haase
Malina Kruse-Wiegand
Silke Meier
Alfred Reehuis
Michael Schoster
George Trenkler

Mitglied UWG e. V. Fraktion

Falk Landmeyer
Matthias Pietsch

Mitglied FDP-Fraktion

Arend Holzgräfe
Heinrich Thöle

ab 17.05 Uhr

Mitglied DIE LINKE.

Malte Schinke

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
Stadtrat Lutz Birkemeyer
Stadtbaurat Florian Schmeing
Thomas Große-Johannböcke
Wiebke Heimhalt
André Jäschke
Jörg Kleine-Piening
Klaus-Peter Kugler
Guido Kunze
Klaus Leimbrock
Mareike Mons
Nils Oberschelp
Katja Rauer
Uwe Strakeljahn
Andreas Sturm
Astrid Voß
Florian Weßling
Jürgen Krämer
Herbert Seelhöfer
Meike Tubbesing
Alexandra Knieper
Birgit Pietsch

ProtokollführerIn

Kerstin Lehnig

Gäste

Gast/Gäste

Herr Siegfried Hehemann - Vorsitzender des
Meller Seniorenbeirates zu TOP 5

Zuhörer

Presse

Meller Kreisblatt - Hannah Baumann
- Dominik Bögel
- Niels Wagner

Zuhörer

fünf Personen

Abwesend:**Vorsitzender**

Gerhard Boßmann

entschuldigt

Mitglied CDU-Fraktion

Malte Stakowski

entschuldigt

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ralf Tubbesing

entschuldigt

Mitglied FDP-Fraktion

Edith Kaase

entschuldigt

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 11.10.2023
- TOP 5 Bericht des Seniorenbeirates
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 7 Vertretung der Kommune im Berufsorientierungszentrum Melle (BOZ)
Vorlage: 01/2023/0358
- TOP 8 Vertretung der Kommune im Beirat des Automuseums
Vorlage: 01/2023/0364
- TOP 9 Benennung von hinzugewählten Schülervertreterinnen für den Ausschuss für Bildung
Vorlage: 01/2023/0336
- TOP 10 Haushalt 2024 - incl. mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2022 - 2027
Vorlage: 01/2023/0321
- TOP 10.1 Antrag zum Haushalt 2024 - SuS Buer Projektantrag Neue Dorfmitte in Melle-Buer
Vorlage: 01/2023/0365
- TOP 11 Grundsatzbeschluss - Stadthaus
Vorlage: 01/2023/0243
- TOP 12 Sporthalle Gesmold - Umsetzungsbeschluss zur Sanierung
Vorlage: 01/2023/0300
- TOP 13 Bürgerradwege- weitere Beteiligung der Stadt Melle
Vorlage: 01/2023/0350
- TOP 14 Gesamtkonzept der Jugendarbeit in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2023/0281
- TOP 15 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erstattung von Schulsachkosten und das Aussetzen der Kreisschulbaukasse
Vorlage: 01/2023/0346
- TOP 16 Verordnung über den Mindestabstand von Wettvermittlungsstellen innerhalb der Stadt Melle
Vorlage: 01/2023/0313
- TOP 17 Automuseum Melle gGmbH - Geschichte auf Rädern - Betriebskostenzuschuss
Vorlage: 01/2023/0306
- TOP 18 Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.10.2023
Vorlage: 01/2023/0320
- TOP 19 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2024
Vorlage: 01/2023/0303
- TOP 20 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr 2024
Vorlage: 01/2023/0305
- TOP 21 Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und abflusslosen Sammelgruben) für das Kalenderjahr 2024
Vorlage: 01/2023/0307

- TOP 22 Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2023/0308
- TOP 23 Erhöhung des Steuersatzes der Spielgerätesteuern
Vorlage: 01/2023/0335
- TOP 24 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 01/2023/0348
- TOP 25 Änderung des Gesellschaftsvertrages der oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH
Vorlage: 01/2023/0362
- TOP 26 Kommunale Betrauung der oleg Osnabrücker Land – Entwicklungsgesellschaft mbH
Vorlage: 01/2023/0363
- TOP 27 Finanzielle Beteiligung von Kommunen an Freiflächenanlagen nach § 6 EEG 2023
Vorlage: 01/2023/0369
- TOP 28 Erlass einer Veränderungssperre gem § 14 ff. BauGB für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplan "Westlich Plettenberger Straße" im Stadtteil Melle-Mitte
Vorlage: 01/2023/0297
- TOP 29 Bebauungsplan „Gewerbegebiet Bruche-Ost, 2. Änderung und Erweiterung" hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 3 BauGB
Vorlage: 01/2023/0270
- TOP 30 24. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Melle im Bereich "An der blanken Mühle II", Melle-Buer hier: Beschluss über die Abwägung und Feststellungsbeschluss
Vorlage: 01/2023/0272
- TOP 31 Bebauungsplan "An der blanken Mühle II", Melle-Buer hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2023/0271
- TOP 32 Festsetzung der Abgaben für die Benutzung der Wasserversorgungseinrichtungen im Kalenderjahr 2024
Vorlage: 01/2023/0324
- TOP 33 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für das Jahr 2024
Vorlage: 01/2023/0325
- TOP 34 Anträge von Ratsfraktionen und-gruppen
- TOP 34.1 Antrag der UWG zur Erstellung einer Baumschutzsatzung
Vorlage: 01/2023/0332
- TOP 34.2 Antrag der SPD und GRÜNE/LINKE zur Anbringung von Pfandhaltern und Pfandringen
Vorlage: 01/2023/0341
- TOP 35 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Stellv. Vorsitzender Kruse begrüßt alle Anwesenden. Er informiert, dass der Vorsitzende Gerhard Boßmann heute verhindert sei und er die Sitzungsleitung daher übernehme. Er stellt angesichts der Anwesenheit von derzeit 34 Ratsmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 11. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode. Er schlägt vor, dass Bürgermeisterin Dettmann seine Vertretung übernehme, wenn dieses im Verlauf der Sitzung notwendig werde. Alle anwesenden Ratsmitglieder sind mit dieser Regelung einverstanden.

Stellv. Vorsitzender informiert, dass auch die heutige Sitzung des Rates, in gleicher Form wie bereits am 11.10.2023, als Livestream übertragen werde.

Anschließend gratuliert stellv. Vorsitzender allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Stellv. Vorsitzender teilt mit, dass die Tagesordnung um **TOP 27** (Finanzielle Beteiligung von Kommunen an Freiflächenanlage nach § 6 EEG 2023 Vorlage 01/2023/0369) erweitert worden sei.

Die Tagesordnung wird ohne weitere Änderungen festgestellt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)

- Frau Claudia Wittke teilt mit, dass sie Elternvertreterin an der Wilhelm-Fredemann-Oberschule in Neuenkirchen sei. Sie möchte wissen, aus welchem Personenkreis sich die im Bildungsausschuss am 05.12.2023 angesprochene Lenkungsgruppe zusammensetze, welches die genauen Aufgaben seien, wie oft sich die Gruppe treffe und welche Entscheidungen dort getroffen werden könnten.

Herr Dreier informiert, dass die Arbeitsgruppe sich aus den Vertretern der ehemaligen Lenkungsgruppe des Schulstrukturprozess und zusätzlich den Ortsbürgermeistern der Oberschulstandorte Melle-Mitte, Buer und Neuenkirchen zusammensetze. Die Aufgabe sei, den neuen Schulentwicklungsprozess zu begleiten, Rahmenbedingungen festzulegen und Fragen zu klären. Zunächst seien zwei weitere Termine geplant. In der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 13.03.2024 solle dann ein entsprechender Beschluss bzgl. der Oberschulen gefasst werden.

Herr Dreier teilt auf Nachfrage von Frau Wittke zudem mit, dass die Protokolle der Firma SICHT.weise in einer Zusammenfassung Anfang 2024 veröffentlicht würden.

- Frau Olivia Harnisch teilt mit, dass sie sich schon seit Jahren für den Baumschutz einsetze und es seit 45 Jahren zu ihrem Bedauern keine Baumschutzsatzung in Melle gebe. Sie habe aus diesem Grund Kontakt mit den Fraktionen aufgenommen und habe teilweise eine positive Resonanz wahrgenommen. In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am 29.11.2023 sei der Antrag bzgl. der Erstellung einer Baumschutzsatzung einstimmig abgelehnt worden. Dieses erscheine ihr wie ein Boykott, wo doch bekannt sei, wie wichtig der Klimaschutz sei und auch mit kleineren Maßnahmen viel erreicht werden könne. Sie möchte wissen, auf welchen Argumenten das ablehnende Ergebnis in der Fachausschusssitzung beruhe.

Herr Schmeing informiert, dass der Hauptgrund der Ablehnung sei, dass eine Baumschutzsatzung als Instrument nicht das erhoffte Ziel erreichen könne. Es habe Förderprogramme wie z. B. die Unterstützung von Pflanzaktionen gegeben, mit denen die Stadt Melle Vorreiterfunktionen einnehme. Aufgrund des vorliegenden Antrages der UWG

zur Erstellung einer Baumschutzsatzung habe die Verwaltung recherchiert, ob die Zielsetzungen im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit auch unter Berücksichtigung anderer Faktoren umgesetzt werden können. Es sei festgestellt worden, dass Kommunen, die eine Baumschutzsatzung eingeführt haben, wieder davon abgekehrt seien und andere Instrumente gefunden hätten. Der Grund hierfür sei, dass das Personal die in den Baumschutzsatzungen geforderten Aufgaben nicht wahrnehmen könne, da andere wichtige Prioritäten in diesem Bereich, wie z. B. Förderprogramme und Pflanzaktionen, anzugehen seien. Zudem seien in den neuen Bebauungsplänen klare Auflagen zu Bepflanzungen festgelegt. Der Fokus läge auf dem Nachhalten dieser bereits festgelegten Faktoren. Herr Schmeing unterstreicht, dass eine Baumschutzsatzung viel Geld und Personal koste und die Wirkung nicht entsprechend sei. Hier sei die Kosten/Nutzen Relation zu beachten. Frau Harnisch teilt mit, dass z. B. in der Stadt Göttingen eine Baumschutzsatzung in Kraft treten konnte und sie frage sich, wieso dieses in der Stadt Melle nicht möglich sei. Sie unterstreicht in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der Bäume bzgl. des Klimawandels. Die vorgebrachten Argumente halte sie für Ausreden.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 11.10.2023

Das Protokoll wird ohne Einwände und Ergänzungen einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht des Seniorenbeirates

Herr Siegfried Hehemann stellt sich als Vorsitzender des Meller Seniorenbeirates vor und berichtet über dessen Arbeit und verschiedene Projekte. Er informiert beginnend, dass am 28.03.2022 die konstituierende Sitzung des neu strukturierten Seniorenbeirates stattgefunden habe. Erstmals seien dort alle Stadtteile mit einem Mitglied und einer Stellvertretung vertreten. So sei ein enger Kontakt zu den Ortsräten gewährleistet. In den bereits stattgefundenen Sitzungen hätten Gäste wie z. B. die Hospizinitiative, die evangelische Kirchenkreissozialarbeit und die Schlaganfallhelfer über ihre Arbeit berichtet. Über die aktuelle Situation im Bereich der Hausärzte habe die Ärztekammer informiert. Der Senioren- und Pflegestützpunkt des Landkreises Osnabrück habe die Möglichkeiten zur Unterstützung im Pflegebereich aufgezeigt. Herr Hehemann berichtet ferner, dass Mitglieder des Seniorenbeirates sich in einem Seniorenheim über die verschiedenen Angebote informiert habe und die derzeit schwierige Situation aufgrund der Personallage zu Kenntnis genommen habe. Auch mit der noch nicht barrierefreien Situation am Busbahnhof habe man sich befasst. Gemeinsam mit Mitgliedern des Jugendparlamentes habe man an vier Terminen Senioren bei dem Umgang mit digitalen Medien unterstützt können. Es sei geplant, dieses Angebot fortzusetzen. Es fände zudem ein regelmäßiger Austausch mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung statt. An den Sitzungen der Seniorenvertretung im Landkreis Osnabrück nehme man auch regelmäßig teil und sei seit kurzem Mitglied im Landesseniorenbeirat Niedersachsen. Herr Hehemann informiert, dass momentan Gespräche bzgl. eines Seniorenpasses liefen. In der Weihnachtszeit habe der Seniorenbeirat eine Geschenkaktion für Meller Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen gestartet. Leider habe die Motivation der Mitglieder des Seniorenbeirates einen Dämpfer erhalten. Er erinnert, dass der Rat der Stadt Melle beschlossen habe, den Mitgliedern des Seniorenbeirates auf Antrag die Möglichkeit einer Mitarbeit in weiteren Fachausschüssen einzuräumen. Als diese Mitarbeit für zwei Ausschüsse beantragt worden sei, sei der Antrag von drei Fraktionen abgelehnt worden. Da die Argumente der Fraktionen nicht nachzuvollziehen waren, habe man anhand eines Fragenkataloges um eine Stellungnahme gebeten. Nur mit einer Fraktion habe bislang ein Gespräch hierzu stattgefunden. Herr Hehemann betont, dass der Seniorenbeirat weiterhin zu einem Gespräch

mit den übrigen Fraktionen bereit sei. Abschließend teilt er mit, dass es wichtig sei, dass die angebotenen Aktivitäten des Seniorenbeirates nicht zur Konkurrenz für vielfältige Angebote der Meller Vereine würden. Der Seniorenbeirat sehe seine Aufgaben darin, die Vereine in der Pflege und Neuentwicklung ihrer Angebote zu unterstützen.

Stellv. Vorsitzender dankt Herrn Hehemann für den vorgetragenen inhaltlich sehr prägnanten Tätigkeitsbericht. Er stellt fest, dass die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat nochmals aktiviert werden müsse und entsprechende Gespräche zu führen seien. Ein reger Austausch sei wünschenswert.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Bürgermeisterin berichtet zur aktuellen Flüchtlingssituation in der Stadt Melle. Seit der Fluchtbewegung 2015/2016 seien insgesamt 842 geflüchtete Menschen aus Drittstaaten und 861 aus der Ukraine in der Stadt Melle eingetroffen. Anwesend in Melle seien momentan 555 Personen aus Drittstaaten und 582 aus der Ukraine. Im Zusammenhang mit den aus der Ukraine Geflüchteten gebe es seit dem 01.12.2023 eine neue Richtlinie. Bis auf Weiteres sei es demnach so, dass Ukrainer, die auf direktem Weg nach Melle gekommen seien, sich nur noch in ganz bestimmten Fällen in Melle anmelden können. Der Grund sei die Überquote im Land Niedersachsen. Sie bittet darum, diese Informationen weiterzugeben, wenn Kontakte zu Geflüchteten bestehen. Es sei eine Erleichterung, wenn dann gleich die zuständige Ausländerbehörde in Osnabrück angelaufen werde. Bürgermeisterin informiert abschließend, dass in Kürze die entsprechenden Kontaktdaten des Landkreises Osnabrück auf der Homepage der Stadt Melle veröffentlicht würden.

TOP 7 Vertretung der Kommune im Berufsorientierungszentrum Melle (BOZ) Vorlage: 01/2023/0358

Stellv. Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Frau Bürgermeisterin Jutta Dettmann wird bis zum Ende der Wahlperiode (2026) als Vertreterin im Aufsichtsrat des Berufsorientierungszentrums Melle gewählt.
2. Herr Stadtrat Lutz Birkemeyer wird bis zum Ende der Wahlperiode (2026) als Mitglied der Generalversammlung des Berufsorientierungszentrums Melle gewählt.

TOP 8 Vertretung der Kommune im Beirat des Automuseums Vorlage: 01/2023/0364

Stellv. Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Stadtrat Lutz Birkemeyer wird mit Wirkung vom 01.01.2024 für die Dauer der Wahlperiode (2026) in den Beirat des Automuseums Melle gGmbH „Geschichte auf Rädern“ entsandt.

TOP 9 Benennung von hinzugewählten Schülervorteuerinnen für den Ausschuss für Bildung
Vorlage: 01/2023/0336

Stellv. Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Als hinzugewählte Vertreterin der Schülerinnen und Schüler für den Ausschuss für Bildung wird Frau Liana-Sophie Erhardt (Wilh.-Fredemann-Oberschule Neuenkirchen) benannt.

Frau Hana Puskar (OBS Lindenschule Buer) wird als Vertreterin benannt.

TOP 10 Haushalt 2024 - incl. mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2022 - 2027
Vorlage: 01/2023/0321

Herr Birkemeyer erinnert, dass er den Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2024 in der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 11.10.2023 eingebracht habe. Zum damaligen Zeitpunkt seien die vorgetragenen Zahlen teilweise beängstigend gewesen. In den letzten Wochen habe man jedoch einige neue Erkenntnisse gewonnen. Insbesondere im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches haben sich für die Stadt Melle positivere Entwicklungen eingestellt als die seinerzeitigen Prognosen. Im Folgenden stellt er den aktualisierten Verwaltungsvorschlag anhand einer Präsentation vor (s. Anlage 1). Er bedankt sich beginnend für die guten und konstruktiven Gespräche und Diskussionen mit den einzelnen Fraktionen. Herr Birkemeyer informiert zum Haushalt 2024, dass sich auf der Ertragsseite einige Veränderungen eingestellt hätten. Bei der Elektrizitätsversorgung habe die Stadt Melle Erträge aus Photovoltaikfreiflächenanlagen und Windenergieanlagen zu erwarten, da das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorsehe, dass Kommunen bei entsprechenden Anlagen an den Erträgen zu beteiligen seien. Dieses habe man nun im Haushalt 2024 abgebildet. Auch die Veränderungen aus den Gebührenhaushalten seien ebenso wie die Veränderungen aus der Steuerschätzung Oktober 2023 eingeflossen. Ein entscheidender Punkt sei zudem die Veränderungen im kommunalen Finanzausgleich. All dieses führe zu einer Ergebnisentlastung in Höhe von 2,4 Mio. €. Herr Birkemeyer erläutert bzgl. der Aufwandseite, dass hier z. B. die Minderaufwendungen aufgrund von positiven Ausschreibungsergebnissen für den Strom- und Gasbezug der kommunalen Liegenschaften berücksichtigt worden seien. Auch weitere kleinere Veränderungen seien eingerechnet worden. Bei der Einbringung des Haushaltes im Oktober 2023 sei man von einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von ca. - 6,7 Mio. € für das Jahr 2024 ausgegangen. Nun gebe es eine deutliche Verbesserung und ein Ergebnis in Höhe von ca. - 4,6 Mio. €. Auch bei der Rücklagenentwicklung sei diese positive Entwicklung zu sehen. Der Cash-Flow entwickle sich durch die veränderte Erlössituation ebenfalls besser als ursprünglich prognostiziert. Die prognostizierte negative Entwicklung für das Jahr 2024 könne damit etwas abgemildert, aber nicht aufgehoben werden. Herr Birkemeyer teilt zum Thema „Investitionstätigkeiten“ mit, dass sich noch weitere Maßnahmen ergeben hätten, die in dem neuen Verwaltungsentwurf mit aufgenommen worden seien. Hier gehe es um den Radwegebau m Rahmen der Bürgerradweginitiativen, die Sporthalle Gesmold und die Verlegung einer Schmutzwasserdruckrohrleitung von Bruchmühlen nach Melle-Mitte. Auch die Kreditaufnahmen entwickelten sich aufgrund der wirtschaftlich verbesserten Situation positiver als seinerzeit angenommen. Die Schuldenstandentwicklung verringere sich auch etwas, bleibe jedoch aufgrund der anstehenden Investitionen, insbesondere in den Folgejahren, auf einem hohen Niveau. Herr Birkemeyer teilt abschließend mit, dass er davon

ausgehe, dass es in der heutigen Sitzung noch weitere Diskussionen bzgl. des Verwaltungsentwurfes des Haushaltes 2024 geben werde.

Bürgermeisterin übernimmt den Vorsitz.

Herr Kruse stellt als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen einen interfraktionellen Kompromissvorschlag der finanzpolitischen Sprecher aller Fraktionen vor (s. Anlage 2). Konstruktiv seien in den letzten Wochen einige Veränderungen an dem Verwaltungsentwurf vorgenommen worden. Er dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Herr Kruse betont, dass der Kompromissentwurf sich im Wesentlichen auf die Änderungen bei den Haushaltsausgaben beziehe. Bei den Einnahmepositionen, insbesondere den Steuerhebesätzen, lägen die Positionen der einzelnen Fraktionen sehr weit auseinander. Er informiert, dass der Finanzdezernent bei der Einbringung des Haushaltes eine Erhöhung der Grundsteuer B um 40% - Punkte auf einen Hebesatz von 385 % vorgesehen habe. Damit werde der durchschnittliche Hebesatz in Niedersachsen um 21 Punkte unterschritten. Ein unterdurchschnittlicher Hebesatz wirke sich eher negativ auf die Stadt Melle aus, da die Zuweisungen auf den Landesdurchschnitt bemessen würden. Der Kompromissvorschlag sehe eine Anhebung der Grundsteuer A um ebenfalls 40% - Punkte auf einen Hebesatz von 385 % vor. Dieses sei der Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer geschuldet und bringe zudem einen marginalen finanziellen Vorteil in Höhe von ca. 52.700,00 € für das Jahr 2024. Weitere Steuerarten würden in diesem Vorschlag nicht angehoben und alle anderen Einnahmepositionen seien bereits durch Herrn Birkemeyer vorgetragen worden. Zu den Änderungsvorschlägen bei den Auszahlungen im Finanzhaushalt teilt Herr Kruse mit, dass die vorgesehenen Planungskosten zum Neubau des Stadthauses gestrichen worden seien. Der hierfür vorgesehene Betrag in Höhe von 250.000,00 € solle stattdessen für andere Maßnahmen, insbesondere für die Planungskosten der Schulbaumaßnahmen im gesamten Stadtgebiet, eingesetzt werden. Die Planungskosten für den Neubau eines Stadthauses könnten aus einem noch vorhandenen Haushaltsrest bestritten werden. Die Ortsratsbudgets und der Personalkostenzuschuss für die Ortsteilbibliotheken sollen im Ergebnishaushalt jeweils um 10 % erhöht werden. Dieses sei den allgemeinen Preissteigerungen geschuldet. Eine Reduzierung der Aufwendungen für den Familienpass und die Einführung des Seniorenpasses sei berücksichtigt worden. Der Rat der Stadt Melle werde sich in der heutigen Sitzung noch mit dem Antrag des SuS Buer bzgl. des Projektes „Neue Dorfmitte Buer“ beschäftigen. Hierfür werde ein Betrag in Höhe von 200.000,00 € beantragt. Dem Vorschlag der CDU-Fraktion auf Änderung in eine städtische Bürgerschaft über 200.000,00 € und einem jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 10.000,00 € für die nächsten 20 Jahre hätten alle Fraktionen zugestimmt. Im Finanzhaushalt würden die geplanten Investitionen aufgezeigt und es würden teilweise Änderungen und Ergänzungen, die sich aus dem interfraktionellen Kompromiss ergeben hätten, vorgeschlagen. Die Sanierung des Marktplatzes in Melle-Mitte werde zur politischen Beratung zurückverwiesen. In diesem Bereich seien bauliche Änderungen erforderlich und der dafür für 2024 vorgesehene Haushaltsansatz in Höhe von 110.000,00 € werde mit einem Sperrvermerk versehen. Der Ansatz für das Jahr 2025 entfalle bis auf Weiteres. Herr Kruse führt weiter aus, dass Planungskosten für die Oberschule Neuenkirchen neu veranschlagt würden und für einen zweiten Sportplatz in Neuenkirchen würde ein Betrag für Planungskosten in Höhe von 50.000,00 € aufgenommen. Für den Unterboden der Laufbahn am Carl-Starcke-Platz sei ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 170.000,00 € notwendig. Die Maßnahme „Eickener Straße III. Bauabschnitt“ solle in 2024 vorgezogen werden. Er gibt zu bedenken, dass die hierfür erforderlichen Grundstücksgespräche und -erwerbe noch nicht erfolgt seien. Aufgrund der abgeschafften Straßenausbaubeitragspflicht erfolge eine vollständige Finanzierung durch die Stadt Melle. Die Sanierung der Kieswege auf dem Friedhof in Melle-Mitte verblieben unverändert im Haushalt 2024. Herr Kruse informiert, dass in der interfraktionellen Runde über eine Personalkostendeckelung nachgedacht worden sei. Die CDU-Fraktion habe diesen Vorschlag eingebracht und als „atmenden

Personalkostendeckel“ auf Basis der von der Verwaltung aufgeführten Personalkosten vorgeschlagen. Alle Beteiligten seien sich einig gewesen, dass klare Absprachen notwendig seien. Tarifierhöhungen und gesetzliche Pflichtaufgaben seien weiterhin zu berücksichtigen und über den geltenden Stellenplan hinausgehende Stellenbedarfe bedürften einer Gremienberatung. Herr Kruse bemerkt zu den Auswirkungen im Ergebnishaushalt, dass sich die Änderungen der interfraktionellen Abstimmung nur gering auf das prognostizierte ordentliche Ergebnis auswirkten. Der Cash-Flow verändere sich von -926.100,00 € im Verwaltungsentwurf Oktober 2023 auf +823.300,00 € im aktuellen Verwaltungsentwurf. Bei einer Erhöhung der Grundsteuer gebe es nochmals eine Erhöhung um weitere 61.700,00 €. Die Zahlen der Folgejahre wiesen ähnliche Sprünge auf. Dieses könne sich jedoch im Hinblick auf die weltpolitische Lage und die volatile Konjunktur noch deutlich ändern. Die Auswirkungen im Finanzhaushalt bezögen sich auf die Kreditaufnahmen. Im aktuellen Verwaltungsentwurf seien Schulden in Höhe von ca. 6,5 Mio. € geplant. In den Änderungen der interfraktionellen Abstimmung ergäben sich Kreditbedarfe in Höhe von ca. 6,8 Mio. €. Herr Kruse informiert, dass der Ist-Schuldenstand 2023 bei 24,42 Mio. € liege. Der Planschuldenstand 2023 sei mit 49,1 Mio. € deutlich höher gewesen. Durch noch nicht durchgeführte oder abgeschlossene Maßnahmen gebe es Planüberträge in Höhe von knapp 25,0 Mio. €. Eine Verbauung im Jahr 2024 sei nur in Teilen zu erwarten. Für das Jahr 2024 sei ein Schuldenstand in Höhe von 53,34 Mio. € geplant. Mit den Projektumsetzungen sei man sehr weit zurück und der Abruf der Mittel verzögere sich. Er zitiert folgende Aussage von Michael Ebling, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Mainz und jetzigem Innenminister von Rheinland-Pfalz: *„Die Maßgabe wird sein, nicht dauerhaft neue Ausgaben zu schaffen und Belastungen für die Zukunft zu reduzieren“*. Herr Kruse teilt abschließend mit, dass die vorliegenden Vorschläge im Ausgabenbereich von allen Fraktionen mitgetragen würden. Die Einnahmepositionen seien jedoch strittig. Im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen habe es keine Beschlussempfehlung gegeben und die Beschlussvorlage zum Haushalt 2024 sei an den Verwaltungsausschuss weitergeleitet worden. Dieser habe den Änderungsantrag der SPD/Grüne/Linke-Gruppe mehrheitlich empfohlen. Herr Kruse dankt allen Beteiligten für die sachgerechte Zusammenstellung, Erarbeitung und gute Vorbereitung des Haushaltes 2024.

Herr Kruse übernimmt wieder den Vorsitz.

Stellv. Vorsitzender teilt mit, dass in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses die Redezeit für die einzelnen Fraktionen zum Thema „Haushalt“ festgelegt worden sei. So sei für die SPD-, CDU und Bündnis90/Die Grünen-Fraktion eine Redezeit von jeweils 15 Minuten und für die FDP- und UWG-Fraktion von jeweils 7,5 Minuten festgelegt worden.

Herr Hunting bedankt sich beginnend bei der Verwaltung für die plausible Vorbereitung des Verwaltungsentwurfes und die konstruktive Begleitung der Beratungen. Auch die sachlichen Gespräche und das gute Klima in den Gremien und den interfraktionellen Gesprächen seien zu würdigen. Wie bereits bei den Beratungen zum abgelaufenen Haushalt, habe es wieder besondere Vorzeichen und Unsicherheitsfaktoren gegeben. Sorge bereite hinsichtlich der Investitionen die Preisentwicklung, insbesondere im Baubereich und der Fachkräftemangel. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass vorgegebene bürokratische Vorgaben teilweise daran hinderten, die Maßnahmen in der gewünschten Zeit abzuarbeiten. Auch die weltweiten globalen Krisen und deren Folgen seien zu bewältigen. Herr Hunting betont, dass der Haushalt 2024 trotz der vielen ungünstigen Rahmenbedingungen und Unsicherheitsfaktoren eine gute Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Melle bilde. Wichtig sei, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Melle zu erhalten und zu sichern. Die Investitions- und Eigenkapitalquote sowie die Rücklagenentwicklung seien positiv zu bewerten. Der Schuldenstand sei relativ gering und läge bei ca. 25,0 Mio.€. Dieses sei natürlich darauf zurückzuführen, dass nicht alle Maßnahmen wie geplant umgesetzt würden. Dargestellt werde dieses durch die hohen Haushaltsausgabenreste. Bei den

tatsächlichen Investitionen seien nur 40 % der Planungen erreicht worden. Hier müsse an einer Verbesserung gearbeitet werden. Herr Hunting teilt zur Einnahmesituation mit, dass die Haupteinnahmepositionen die Grund- und Gewerbesteuer sowie der Gemeindeanteil der Einkommenssteuer seien. Bei allen Steuereinnahmen sei es wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für alle Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaftsbetriebe in einem ausgewogenen Verhältnis ständen. Er unterstreicht, dass die Hebesätze der Grundsteuer A+B und der Gewerbesteuer trotz der gestiegenen Anforderungen seit vielen Jahren nicht angehoben worden seien. Der in der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 11.10.2023 eingebrachte Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2024 sehe vor, die Grundsteuer B um 40 % - Punkte zu erhöhen und alle andere Sätze unverändert zu belassen. Herr Hunting informiert, dass die SPD/Grüne/Linke-Gruppe gemeinsam einen Gegenentwurf erstellt habe. Seiner Meinung nach sei die Belastung durch eine Erhöhung der Grundsteuer B sozial nicht ausgewogen. Die sogenannten „kalten Nebenkosten“, die in die Grundsteuer einfließen, seien in den letzten zwei Jahren um ca. 43 % gestiegen. Hier seien besonders die weniger Vermögenden betroffen. Der Gegenentwurf der SPD/Grüne/Linke-Gruppe sehe vor, dass die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte reduziert werde. Dafür werde jedoch auch die Grundsteuer A mit einbezogen und ebenfalls um 20 % - Punkte erhöht. Auch der Gewerbesteuersatz solle um 20 % - Punkte erhöht werden. Neben dem Gerechtigkeitsaspekt beinhalte der Vorschlag der SPD/Grüne/Linke-Gruppe den Vorteil der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Stadt Melle. Der notwendige Ausbau und Erhalt der Infrastruktur könne so beschleunigt und der Schuldenstand erheblich reduziert werden. Dieses bedeute mehr Generationengerechtigkeit und soziales Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger. Unter Beibehaltung des Investitionsprogrammes und der prognostizierten Aufwendungen würde der Vorschlag der CDU-Fraktion, auf alle Steuererhöhungen zu verzichten, die Verschuldung jährlich um ca. 3,0 Mio. € erhöhen und am Ende des Planungszeitraumes im Jahr 2027 eine Rekordhöhe von ca. 85,0 Mio. € erreichen. Das Argument der CDU-Fraktion, die Ausgaben zu senken, sei gerade bei den Investitionsentscheidungen in diesem Jahr, wie z. B. Sporthalle Gesmold und Grundschule Gesmold, nicht nachzuvollziehen. Die CDU-Fraktion habe sogar die Forderung nach wesentlich höheren Ausgaben gestellt. Herr Hunting unterstreicht, dass ein wichtiger Aspekt für das politische Handeln eine ökologische und klimaschonende Stadtentwicklung sei. Bei den Haushaltsansätzen lege man im Bereich der Gebäudeunterhaltung großen Wert auf Energieeinsparungen. Auch der Hochwasserschutz in allen Stadtteilen sei wichtig und fände Berücksichtigung im Haushalt 2024. Eine besondere Position seien die Entsorgungskosten für die Sanierung einer Altablagerung. Auch dieses sei ein Beitrag für die Umwelt und nachfolgende Generationen. Das Projekt zur Entwicklung von Photovoltaikanlagen werde fortgesetzt und im Planungszeitraum bis zum Jahr 2027 sei ein Gesamtbetrag in Höhe 2,0 Mio. € dafür vorgesehen. Ein weiterer Schwerpunkt der Haushaltsberatungen sei das Thema „Bildung“. Neben den Betriebskostenzuschüssen für die Kitas, die im Jahr 2024 mit 17,5 Mio. € veranschlagt worden seien und im Planungszeitraum bis ca. 21,0 Mio. € stiegen, sei die Schaffung weiterer Kita-Plätze im Haushaltsplan stark abgebildet. Bei den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Melle gebe es bzgl. der Gebäude leider noch Defizite. Der Haushalt 2024 stelle hier für die Grundschulen Gesmold und Neuenkirchen Mittel zur Verfügung. Auch die Sanierung und Erweiterung der OBS Neuenkirchen und der Grundschule Buer müsse auf den Weg gebracht werden. Daher habe man darauf bestanden, hierfür Planungskosten einzustellen und dieses sei in den interfraktionellen Gesprächen befürwortet worden. Auch die Sporthallen seien ein zentraler Bestandteil der Bildungseinrichtungen. Hier sei die Sporthalle in Gesmold zu nennen, für deren Grundsanieung ein Betrag in Höhe von ca. 5,8 Mio. € bereitgestellt werde. Interfraktionell werde die Notwendigkeit eines zweiten Rasenplatzes in Neuenkirchen gesehen. Hierfür werde als erster Schritt ein Betrag in Höhe von 50.000,00 € eingeplant. Begrüßenswert sei zudem die interfraktionelle Bereitschaft zur Unterstützung des Projektantrages „Neue Dorfmitte Buer“. Herr Hunting betont, dass die Stadt Melle für jetzige und zukünftige Bürgerinnen und Bürger attraktiv sein müsse. Es seien verschiedene Kultur- und Freizeitangebote wichtig. Auch für Straßen und Wege müssen

Mittel bereitgestellt werden, wie z. B. für einen weiteren Ausbau der Eickener Straße. Auch die Bürgerradwege würden unterstützt. Zudem sei es wichtig, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die hierfür im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel müssten umgesetzt werden. Herr Hunting informiert, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement ein Grundsatzbeschluss zum Bau eines neuen Stadthauses gefasst worden sei. Die notwendigen Mittel für die vorgelagerten Planungen könnten aus Planüberträgen dargestellt werden. Seine Fraktion plädiere hier für ein Vorankommen im kommenden Haushaltsjahr. Es sei wichtig, auch alternative Finanzierungsmodelle in den Blick zu nehmen. Herr Hunting unterstreicht, dass die zu erfüllenden zunehmenden Aufgaben und Ansprüche, eine angemessene Personalausstattung in der Verwaltung bedürfen. Seine Fraktion könne die Aufstockung des Stellenplanes nachvollziehen und halte ihn für gerechtfertigt. Unter einem „Atmenden Personaldeckel“ könne seine Fraktion sich wenig vorstellen. Seine Fraktion vertraue darauf, dass die Verwaltung mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen verantwortungsvoll umgehe. Abschließend fasst er zusammen, dass der von ihm vorgestellte Entwurf des Haushaltes 2024 ausgewogen, generationsgerecht und solide finanziert sei. Zudem würden Spielräume für eine gedeihliche Stadtentwicklung geschaffen und er implementiere wesentliche Ziele zum Klimaschutz, zur Bildung und zu einer guten Infrastruktur von der alle Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft profitierten. Herr Schulke informiert, dass er in Vertretung für den heute abwesenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Stakowski die Position seiner Fraktion zum Haushalt 2024 vorstelle. Beginnend dankt er allen Beteiligten für die Erstellung des Haushaltes 2024. Ebenso dankt er allen Ratsmitgliedern für die Zusammenarbeit und die Erarbeitung einer in weiten Teilen einvernehmlichen Lösung. Es habe gute Gespräche gegeben und dieses sei ein wichtiges Zeichen dafür, dass das gemeinsame Ziel sei, die Stadt Melle gemeinsam voran zu bringen. Im Folgenden teilt Herr Schulke zur Ausgabenseite des Haushaltes mit, dass seine Fraktion ausdrücklich die bereitgestellten finanziellen Mittel für den Erwerb von Grundstücken und die notwendigen Kompensationen für die Bürgerradwege begrüße. So sei der nächste Schritt zum Ausbau der Radwegeinfrastruktur sichergestellt. Anhand der Bürgerradwege lasse sich exemplarisch eines der höchsten Güter der Stadt Melle ablesen; das ehrenamtliche Engagement. Im Namen seiner Fraktion dankt er an dieser Stelle allen in der Stadt Melle ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Eine weitere Position auf der Ausgabenseite sei der Bereich „Schulen“. In der letzten Ratssitzung sei viel über die Zukunft der Oberschulen in der Stadt Melle diskutiert worden. Im Haushalt 2024 seien nun Planungskosten für die OBS Neuenkirchen aufgeführt. Dieses bedeute, dass man nun handeln wolle. Er betont, dass die Aussage seiner Fraktion, dass alle drei Oberschulen nachhaltig gestärkt werden sollen, weiterhin Bestand habe. Zum Thema „Stadthaus“ teilt Herr Schulke mit, dass in der Sitzung des Rates der Stadt Melle im Oktober 2023 lange diskutiert worden sei. Seine Fraktion habe damals viele offene Fragen gehabt. Diese seien mittlerweile ausführlich durch die Verwaltung beantwortet worden und in der Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement am 16.11.2023 sei dann ein Beschluss gefasst worden. Dieser sehe den perspektivischen Neubau des Stadthauses vor. Er betont, dass die anstehenden Schulbaumaßnahmen durch den Stadthausneubau zeitlich nicht verzögert werden dürften. Zum vorliegenden Antrag des SuS Buer teilt er mit, dass es hier einen Einigungswillen der Fraktionen gebe. Die Bereitstellung eines zweckgebundenen Betriebskostenzuschusses von jährlich 10.000,00 € über eine Laufzeit von bis zu 20 Jahren, zeige den Willen eine gute Lösung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu finden. Bzgl. der Personalkosten teilt er mit, dass diese stetig stiegen. In den vergangenen zehn Jahren sei der Stellenplan durch mehr als 100 Stellen aufgestockt worden. Er betont ausdrücklich, dass dieses nichts mit der fehlenden Bereitschaft zu tun habe und er bedankt sich für die geleistete Arbeit in der der Verwaltung. Die Aufstockung des Personals sei den stetig wachsenden Anforderungen und Aufgaben geschuldet. Herr Schulke unterstreicht, dass er sich freue, dass auf der Ausgabenseite eine interfraktionelle Einigung erzielt werden konnte. Hierbei müsse jeder Kompromisse eingehen. Auf der Einnahmeseite gebe es gegenüber der Einbringung des Haushaltes im Oktober 2023 nun deutliche Mehreinnahmen in den

Bereichen der Schlüsselzuweisungen und den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer. Die Grund- und Gewerbesteuer seien die Steuern, über die die Stadt eigenständig entscheiden könnte und die ihr zu Gute kommen. Dass über die Höhe eine Diskussion entstehe, sei in einer gelebten Demokratie legitim. Im Verwaltungsentwurf sei eine Erhöhung der Grundsteuer B um 40 Punkte vorgesehen. In dem Änderungsantrag der SPD/Grüne/UWG-Gruppe werde eine Erhöhung der Grundsteuer A+B und der Gewerbesteuer um jeweils 20 Punkte vorgeschlagen. Herr Schulke bemerkt, dass erhöhte Steuern natürlich immer zu Mehreinkünften führten. Seine Fraktion habe sich jedoch die Frage gestellt, ob es tatsächlich notwendig sei, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gewerbetreibenden mit weiteren Steuern zu belasten und man habe festgestellt, dass dieses für das Haushaltsjahr 2024 nicht notwendig sei. Daher stelle seine Fraktion die Beibehaltung der aktuellen Hebesätze, Grundsteuer A+B 345 Punkte und Gewerbesteuer 385 Punkte, zur Abstimmung. Es sei klar, dass vor der Grundsteuerreform 2025 ein haushaltsneutraler Hebesatz ermittelt werden müsse. Auch, dass in den nächsten Jahren erheblich finanzielle Belastungen auf die Stadt Melle zukämen, sei seiner Fraktion bewusst. Dem Controllingbericht vom 31.10.2023 sei jedoch zu entnehmen, dass es ein positives Jahresergebnis in Höhe von 9,08 Mio. € gebe und eine Rücklage in Höhe von 94,2 Mio. €. Anders als prognostiziert sei es in den letzten Jahren gelungen, erheblich Rücklagen aufzubauen. Dieses ermögliche in den nächsten Jahren größere Spielräume und mache aus Sicht seiner Fraktion eine Steuererhöhung im Haushalt 2024 nicht notwendig. Auch der Saldo aus Cash-Flow und Tilgung verbleibe in den kommenden Jahren im positiven Bereich. Der aktuelle Schuldenstand erweise sich zudem als erheblich positiver als angenommen. Anstelle einer Planverschuldung in Höhe von 49,0 Mio. € werde Ende 2023 lediglich eine Ist-Verschuldung in Höhe von 24,4 Mio. € erwartet. Dieses sei natürlich auf die hohen Haushaltsreste zurückzuführen. Auch im kommenden Jahr würden die Haushaltsreste vermutlich nicht abgebaut und nicht alle geplanten Investitionen umgesetzt werden können. Als Beispiel führt Herr Schulke die Maßnahme der Eickener Straße an, welche er befürworte. Allerdings habe die Verwaltung mitgeteilt, dass nicht klar sei, ob diese aus personellen Gründen im Jahr 2024 umgesetzt werden könne. Auch viele andere wichtige Maßnahmen seien seiner Meinung nach im Jahr 2024 nicht alle realisierbar und man werde die Planverschuldung Ende 2024 nicht erreichen. Auch aus diesem Grund sei die Notwendigkeit einer Steuererhöhung nicht zu sehen. Viele Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende und Landwirte seien zudem durch angedachte Änderung in den Vorgaben der Bundesregierung und der Streichung von Subventionen verunsichert und belastet. Zusammenfassend unterstreicht er nochmal, dass seine Fraktion aufgrund der vorgebrachten Punkte eine Steuererhöhung für das Jahr 2024 nicht als notwendig ansehe und er stelle den Antrag auf Beibehaltung der aktuellen Steuerhebesätze für die Grundsteuer A+B und die Gewerbesteuer.

Herr Reehuis teilt beginnend mit, dass er sich im Namen seiner Fraktion und der SPD/Grüne/Linke-Gruppe beim Finanzbereich der Stadt Melle und den anderen Fraktionen für die gute Erarbeitung der Haushaltsentwürfe und die gute Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen bedankt. Herr Reehuis betont, dass der Haushalt 2024 wieder einen Rekordhaushalt darstelle. Die 100,0 Mio. € Grenze im Ergebnishaushalt werde überschritten und läge bei ca. 125,0 Mio. €. Den größten Aufwand verursache die Kreisumlage auf Basis von 45 % Punkten mit einem Betrag in Höhe von 34,8 Mio. € für das Jahr 2024. Es sei zu hoffen, dass der Kreis nicht wie angekündigt die Kreisumlage erhöhe, denn dieses wäre für die Stadt Melle ein großes finanzielles Risiko. Diese Aufwandsposition könne in Melle nicht beeinflusst werden, da darüber im Kreistag entschieden werde. Die Personalaufwendungen würden im Haushalt 2024 durch tarifliche Erhöhungen und 15 neue Stellen auf 24,7 Mio. € ansteigen. Hier habe man begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten und ein „atmender Personalkostendeckel“ sei vorgesehen. Im Jahr 2024 dürften die Personalaufwendungen 24,7 Mio. € betragen und im Jahr 2025 allenfalls durch tarifliche Steigerungen auf 25,68 Mio. € steigen. Die Stellen dürften nicht wie im letzten Jahr ausgeweitet werden. Herr Reehuis informiert, dass für neue Investitionen ein Betrag in Höhe von 22,5 Mio. € vorgesehen sei.

Ein Betrag von über 20,0 Mio. € würde noch aus dem letzten Jahren übrig sein, da viele Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnten. Der Finanzüberschuss 2023 in Höhe von fast 10,0 Mio. € würden nur deshalb erzielt, weil die Investitionen nicht abgearbeitet werden konnten. Es sei wichtig, sich im kommenden Jahr verstärkt darüber Gedanken zu machen, wie beschlossene Investitionen schneller vorangebracht werden können. Er betont, dass die Investitionen für z. B. Schulen, Kitas in mehreren Stadtteilen, Sporthalle Gesmold, Kläranlagen, Photovoltaikanlagen, Ausbau der Eickener Straße und Finanzierung der Radwege an der Allendorfer Straße und der Wellingholzhausener Straße notwendig seien. Ebenso der weiter steigende laufende Bedarf für die Kitas. Der Nettzuschuss hierfür betrage nach Abzug der Kostenerstattung vom Landkreis inzwischen über 12,0 Mio. €. Durch die vielen zusätzlichen Kitaplätze werde dieser Zuschussbedarf weiter steigen. Alle aufgeführten Investitionen seien für die Zukunft notwendig. Herr Reehuis betont, dass die Notwendigkeit parteiübergreifend festgestellt worden sei und über die einzelnen Maßnahmen im Haushalt 2024 auf der Ausgaben- und Investitionsseite eine einvernehmliche Einigung erfolgt sei. Es stelle sich die Frage, wie die Ausgaben finanziert werden sollen. Der Vorschlag der Verwaltung sei gewesen, die Grundsteuer B um 40 % - Punkte auf 385 % - Punkte anzuheben. Die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer sollten nicht angepasst werden. Diesen Vorschlag lehne die SPD/Grüne-Gruppe ab, da er nicht gerecht sei. Es handele sich um eine Erhöhung von rd. 11 % und diese Belastung käme nur auf die Hauseigentümer und Mieter zu. Landwirte würden nicht herangezogen, da für sie Grundsteuer A gelte. Es sei nicht richtig, nur einen Teil der Grundeigentümer zu belasten. Gewerbesteuerzahlende sollten nach dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls nicht herangezogen werden. Er erklärt, dass die Gewerbesteuer nur Gewinne versteuere. Das bedeute, dass nach Abzug von Freibeträgen nur derjenige Gewerbesteuer zahle, der auch Gewinne mache. Die alleinige Erhöhung der Grundsteuer B, wie der Verwaltungsentwurf es vorsehe, bedeute für den Haushalt der Stadt Melle ein ordentliches Ergebnis von - 4,6 Mio. €. Auch der Haushalt der nächsten Jahre sei defizitär. Es müssten 6,55 Mio. € neue Schulden gemacht werden und der Planschuldenstand würde 81,9 Mio. € im Jahr 2027 betragen. Herr Reehuis informiert, dass die CDU-Fraktion sich vor diesem Hintergrund in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen habe vorstellen können, auch die Grundsteuer A zu erhöhen. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.12.2023 sei dann mitgeteilt worden, dass die CDU-Fraktion keine Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer anstrebe. Diese Aussage sei für die Bürgerinnen und Bürger zunächst einmal positiv. Allerdings müsse auch über die Konsequenzen nachgedacht werden. Wie bereits erwähnt wolle auch die CDU-Fraktion keine Ausgabenkürzung und Verringerung der Investitionen. Dieses hätte zur Folge, dass das Haushaltsdefizit im Jahr 2024 5,4 Mio. € betrage. Auch in den kommenden Jahren sei der Haushalt defizitär. Alleine im Jahr 2024 müssten dann 7,7 Mio. € neue Schulden gemacht werden und der Schuldenstand beliefe sich im Jahr 2027 auf 85,3 Mio. €. Er betont, dass man nicht immer beklagen könne, dass die Schulden weiter ansteigen, aber dann genau diesen Weg gehe. Herr Reehuis teilt mit, dass die SPD/Grüne-Gruppe vor dem Hintergrund der hohen Investitionserfordernisse eine maßvolle Erhöhung der Steuern für notwendig und verantwortbar halte. Dieses solle in gleichem Maße für Grundsteuern A + B sowie die Gewerbesteuer erfolgen und es werde vorgeschlagen, diese um jeweils 20 Punkte zu erhöhen. Dieses entspräche einer Erhöhung von rd. 5,5 %. Er zeigt auf, dass der Haushalt 2024 dann trotz Steuererhöhung immer noch mit 2,6 Mio. € im Defizit wäre. Durch die Überschüsse aus 2023 könne er aber mehr als ausgeglichen werden. Entscheidend käme hinzu, dass ab dem Jahr 2025 wieder positive ordentliche Ergebnisse erzielt werden könnten. Neue Schulden müssten auch nach dem Vorschlag der SPD/Grüne-Gruppe gemacht werden. Sie betrügen im Jahr 2024 dann nur noch 4,875 Mio. €. Da diese geringe Verschuldung gegenüber dem Verwaltungsvorschlag und dem Vorschlag der CDU anhalte, betrügen die Planschulden 72,78 Mio. € im Jahr 2027. Dieses seien 9,158 Mio. € weniger als im Verwaltungsentwurf und 12,5 Mio. € weniger als im Vorschlag der CDU. Abschließend teilt Herr Reehuis zusammenfassend mit, dass große Investitionen in der Stadt Melle erfolgen müssen und die Erhöhung der Grundsteuer A+B

sowie der Gewerbesteuer um jeweils 20 % - Punkte eine maßvolle Erhöhung sei, die gleichmäßig verschiedene Bevölkerungsgruppen treffe. Zudem erfordere der Vorschlag der SPD/Grüne/Linke-Gruppe die geringste Schuldenaufnahme und beinhalte einen vertretbaren Schuldenstand. Er bitte um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

Herr Thöle bedankt sich zunächst bei allen Fraktionen für die zielführenden Konsensgespräche zum Haushalt 2024. Auch wenn es heute nicht zu einem gemeinsamen Beschluss kommen werde, sei für alle Fraktionen klar, dass das Wohl der Meller Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stehe. Er dankt ebenso dem ganzen Team des Finanzbereiches für die geleistete Arbeit. Die Stadt Melle schließe das Jahr 2023 mit einem guten Finanzergebnis ab. Dieses sei den hohen Einnahmen zu verdanken, aber auch der Tatsache, dass viele geplante Investitionen nicht durchgeführt werden konnten. Es zeige zudem, dass man nicht allen Aufgaben gerecht werden konnte und noch viele und große Aufgaben zu erledigen seien. Er informiert, dass bis Ende 2024 weitere Kitas an den Start gehen würden. Dann gebe es eine nahezu 100% -ige Abdeckung des gesetzlichen Kita-Anspruches. Es sei gut, dass die Stadt Melle sich in diesem Bereich in Niedersachsen in der Spitzengruppe befinde. Natürlich würden so nicht nur Investitionskosten, sondern auch jährliche Unterhaltungskosten entstehen. Außerdem werde die Stadt Melle in fast allen Stadtteilen Schulen sanieren und dieses sei auch im Hinblick auf die aktuelle PISA-Studie äußerst wichtig. Wenn dann in den nächsten Jahren noch der Ausbau der Oberschulen an mehreren Standorten hinzukäme, bestehe ein zusätzlicher Finanzbedarf in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe. Die kontroversen Diskussionen bzgl. der Oberschulen zeige, wie wichtig der Kommunalpolitik dieses Thema sei. Herr Thöle hoffe hierbei, dass die aus seiner Sicht teilweise emotionale „Kirchturmpolitik“ sachorientiert weitergeführt werde. Er teilt zudem mit, dass ein Stadthausneubau wichtig sei. Das alte Gebäude sei energetisch eine Katastrophe und entspreche nicht mehr den Anforderungen des Unfall- und Brandschutzes. Derzeit würden so keine zeitgemäßen und angemessenen Arbeitsplätze geboten. Der Neubau eines Stadthauses sei aus Sicht seiner Fraktion eine Pflichtaufgabe. Man habe hier eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Melle, die die Leistungen der Verwaltung in Anspruch nehmen möchten. Herr Thöle erläutere zudem, dass es große finanzielle Aufgaben im Bereich der Kläranlagen gebe. Eine fortlaufende Modernisierung und Zentralisierung erforderten viel Geld. Auch Straßenerneuerungen und die Unterstützung der Radwegeinitiativen seien wichtig. Hierbei gehe es um finanzielle Mittel im Millionenbereich für den Grunderwerb und die Kompensation. Er betont, dass Radwege wichtig seien, es jedoch fraglich sei, ob die Stadt Melle sich diese finanziellen Belastungen zukünftig leisten könne. Es könne nicht der richtige Weg sein, dass Kosten übernommen würden, die eigentlich vom Land oder Landkreis zu leisten seien. Herr Thöle bemerkt, dass die Personalkosten wie in jedem Jahr ein sehr hoher Ausgabenbereich seien. Dankenswerter Weise seien die Wünsche der Verwaltung zum Stellenplan schon deutlich gekürzt worden. Die Kommunalpolitiker würden ein besonderes Augenmerk auf diesen Aufwandbereich legen. Er erinnert jedoch, dass der Rat der Stadt Melle in seiner Sitzung am 11.10.2023 mehrheitlich beschlossen habe, zusätzlich 3,5 Vollzeitstellen für Gemeindearbeiter einzuplanen. Dieses sei entgegen einer Empfehlung einer externen Organisationsuntersuchung entschieden worden. Herr Thöle informiert, dass in den nächsten Jahren mit der Überprüfung und der Entscheidung bzgl. der Freibäder eine weitere wichtige finanzielle Entscheidung zu treffen sei. Er hoffe, dass die anstehenden Diskussionen zu diesem Thema sachorientiert geführt würden. Abschließend teilt er mit, dass man besonders in finanzieller Hinsicht ein herausforderndes Jahr 2024 vor sich habe. Seine Fraktion habe sich entschieden den Haushaltspanentwurf mit der Variante einer Erhöhung der Grundsteuer A+B und der Gewerbesteuer um jeweils 20 % - Punkte zuzustimmen. Die Entscheidung sei nicht leichtgefallen. Er betont jedoch, dass mit dem Geld nicht leichtfertig umgegangen werde, sondern viele positive Maßnahmen durchgeführt würden.

Herr Landmeyer dankt ebenfalls allen Beteiligten für die Erarbeitung und Erstellung der Haushaltsentwürfe und die gute Zusammenarbeit bei den Beratungen. Er stellt fest, dass es

offenbar dazu gehöre, dass die Finanzverantwortlichen bei der Haushalteinbringung düstere Prognosen erstellen. Derzeit gebe es sowohl im Bund, im Land, im Kreis und den Kommunen eine angespannte Haushaltssituation. Krisenlagen müssen bewältigt und Zukunftsherausforderungen gemeistert werden. Auch die Prognosen für die Wirtschaft würfen dunkle Schatten voraus. Aus Sicht der UWG sei es ein falsches Signal, nun die Gewerbesteuer zu erhöhen. Das Geld werde den Unternehmen dann für erforderliche Investitionen fehlen. Die UWG sehe es als einen Kompromiss an, die Grundsteuer A+B um jeweils 20 % - Punkte auf 365 % - Punkte zu erhöhen. So läge die Grundsteuer immer noch unter dem Landesdurchschnitt der Kommunen in Niedersachsen und dem Bundesdurchschnitt. Herr Landmeyer unterstreicht abschließend, dass die UWG eine Erhöhung in kleinen Schritten für sinnvoller halte, als eine große Erhöhung in einigen Jahren. Er stellt den Antrag, die Grundsteuer A+B jeweils um 20 % - Punkte zu erhöhen. Hierbei handele es sich um einen Kompromissvorschlag, der sich allen anderen Vorschlägen annähere. In allen anderen Punkte stimme die UWG dem Haushaltsentwurf zu.

Stellv. Vorsitzender fasst zusammen, dass ein Antrag der SPD/Grüne/Linke mit Erhöhung der Grundsteuer A+B und der Gewerbesteuer um jeweils 20 % - Punkte vorliege. Im Antrag der CDU-Fraktion werde vorgeschlagen, weder die Grundsteuer A+B noch die Gewerbesteuer zu erhöhen und die UWG beantrage eine Erhöhung der Grundsteuer A+B um jeweils 20 % -Punkte und die Gewerbesteuer nicht zu erhöhen. Außerdem läge noch der modifizierte Antrag der Verwaltung mit einer Erhöhung der Grundsteuer A+B um jeweils 40 % - Punkte und keine Erhöhung der Gewerbesteuer vor.

Stellv. Vorsitzender teilt mit, dass er über den vorliegenden Beschlussvorschlag einschließlich dem weitestgehenden Antrag der SPD/Grüne/Linke-Gruppe abstimmen lassen werde. So sei es auch am Vortag im Verwaltungsausschuss gehandhabt worden.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2024 wird in der beigefügten Fassung (Anlage 1) beschlossen.

**TOP 10.1 Antrag zum Haushalt 2024 - SuS Buer Projektantrag Neue Dorfmitte in Melle-Buer
Vorlage: 01/2023/0365**

Vorsitzender ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hunting bedankt sich beim SuS Buer für die Antragstellung und das Engagement. Durch die Schaffung von Räumlichkeiten, die für sportliche Zwecke, die dörfliche Gemeinschaft, Vereine usw. genutzt werden können, werde ein Defizit in Buer ausgeglichen und ein Raum für Begegnungen geschaffen. Es sei gelungen, Fördermittel in Höhe von 500.000,00 € nach Buer zu holen. Allerdings habe sich herausgestellt, dass das Investitionsvolumen 1,0 Mio. € betragen werde. Der SuS habe sich bereit erklärt, eigene Mittel in Höhe von 200.000,00 € einzubringen. Trotz weiterer Mittel habe es eine Finanzierungslücke in Höhe von 200.000,00 € gegeben und es hätten Überlegungen stattgefunden, das Projekt abzubrechen. In einem einstimmigen Votum habe der Ortsrat Buer jedoch dafür plädiert, 200.000,00 € als Co-Finanzierung in den Haushalt 2024 der Stadt Melle einzustellen. Herr Hunting dankt allen Mitgliedern des Rates der Stadt Melle und der Verwaltung, dass es gelungen sei, hier ein gutes Konstrukt zu finden. In den interfraktionellen Gesprächen sei zum Ausdruck gebracht worden, dass dem SuS Buer die Finanzierungslücke in Höhe von 200.000,00 € als Bürgschaft abgesichert werden solle. Für

diese Bereitschaft und Unterstützung des Projektes spricht er allen Beteiligten seinen ausdrücklichen Dank aus.

Frau Wehrmann teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag unterstütze. Das Anliegen sei bereits in die Haushaltsberatungen mit eingeflossen und es soll eine Bürgschaft in Höhe von 200.000,00 € aufgenommen und ein jährlicher zweckgebundener Betriebskostenzuschuss in Höhe von 10.000,00 € über eine Laufzeit von bis zu 20 Jahren bereitgestellt werden. Sie unterstreicht, dass es in Buer einen großen Bedarf für die durch das Projekt geschaffenen Räumlichkeiten gebe und diese der ganzen Gemeinschaft zu Gute kämen.

Frau Meier bedankt sich bei allen Beteiligten für die Antragstellung. Man habe ein gutes Konstrukt gefunden und es habe sich gezeigt, wie gut überfraktionell zusammengearbeitet werde, wenn man sich auf die Inhalte fokussiere.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden geänderten

Beschluss:

Mit Beginn des Haushaltsjahres 2024 soll ein zweckgebundener Betriebskostenzuschuss in Höhe von jährlich 10.000 € über eine Laufzeit von bis zu 20 Jahren (Gesamtsumme: 200.000 €) für die geplanten Dorfgemeinschaftsräume „Neue Dorfmitte“ und zur Förderung der Integration und Teilhabe im Stadtteil Buer bereitgestellt werden. Zusätzlich soll für den Bau der Dorfgemeinschaftsräume im Haushalt 2024 eine Bürgschaft in Höhe von 200.000 € aufgenommen werden.

TOP 11 Grundsatzbeschluss - Stadthaus Vorlage: 01/2023/0243

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage. Er erinnert, dass in der letzten Sitzung des Rates der Stadt Melle entschieden worden sei, dass das Thema noch einmal an den Ausschuss für Gebäudemanagement verwiesen werden solle. Die Zeit sei genutzt worden, um alles noch einmal konstruktiv aufzuarbeiten. Grundsätzlich handele es sich um eine Maßnahme, die in der Strategieklausur im April 2023 verabschiedet worden sei. Dort sei festgehalten worden, die Stadtverwaltung in 2023 weiter zu entwickeln. Dieser Aufgabe müsse man sich mit einer hohen Priorität widmen. Mit der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gebäudemanagement am 16.11.2023 seien die Weichen dafür gestellt worden, auch wenn noch viele Fragen offen seien.

Herr Timpe informiert, dass der vorliegende Beschlussvorschlag erarbeitet und in der Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement noch um die Punkte drei und vier ergänzt worden sei. Der Ausschuss für Gebäudemanagement habe in seiner Sitzung am 16.11.2023 dem ergänzten Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Frau Wehrmann teilt mit, dass im Ausschuss für Gebäudemanagement fraktionsübergreifend ein sehr guter Beschluss formuliert worden sei. Ihre Fraktion sehe die Notwendigkeit einer räumlichen Verbesserung. Allerdings habe die Maßnahme eine große finanzielle Tragweite und sei wahrscheinlich das größte Einzelprojekt in der Geschichte der Stadt Melle und müsse gut geplant und durchdacht sein. Ihre Fraktion habe im Vorfeld der Sitzung des Gebäudeausschusses einen Fragenkatalog vorgelegt. Dieser sei von der Verwaltung ausführlich beantwortet worden. Sich daraus ergebende Themen seien in dem nun vorliegenden Beschlussvorschlag eingearbeitet worden. Hier gehe es z. B. um den Standort, das Raumkonzept sowie Finanzierungsmodelle. Ihrer Fraktion sei zudem wichtig, dass die anstehenden Schulbaumaßnahmen, die die OBS und Grundschule Buer und die Grundschule Gesmold betreffen, nicht durch den weiteren Planungsverlauf des Stadthauses beeinträchtigt werden. Ihre Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Uffmann unterstreicht, dass seine Fraktion schon eher bereit gewesen sei, den Beschluss auch in der vorherigen kürzeren Form zu fassen. Die Beratung im Ausschuss für

Gebäudemanagement sei jedoch interessant gewesen und durch die Fragen seien offene Punkte noch einmal öffentlich dargestellt worden.

Herr Pietsch teilt mit, dass die UWG dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er gibt zu bedenken, dass für die die Beantwortung der vorgelegten Fragen ein großer Personalaufwand in der Verwaltung notwendig gewesen sei. Da dieses jedoch hilfreich gewesen sei, habe es einen Sinn gehabt.

Frau Meier bemerkt, dass es um einen wegweisenden Beschluss gehe. Seit Jahren schiebe man das Projekt bereits vor sich her, da es viele andere wichtige Maßnahmen gebe. Sie sei froh, dass man nun den Weg gehen wolle und der Stadthausneubau geplant werden solle. Es müsse allen klar sein, dass nun die Arbeit erst beginne und die Verwaltung solle zukunftsfähig aufgestellt sein.

Herr Holzgräfe teilt mit, dass seine Fraktion sehr hinter dem vorliegenden Beschlussvorschlag und dem Neubau eines Stadthauses stehe. Er stellt fest, dass bei einem Gang durch das jetzige Stadthaus die Notwendigkeit zu sehen sei. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebe es Einschränkungen an den Arbeitsplätzen und es bestehe auch perspektivisch ein großer Handlungsbedarf.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden ergänzten

Beschluss:

1. Das bestehende Stadthaus soll perspektivisch durch einen Neubau ersetzt werden.
2. Im weiteren Planungsverlauf sollen die erheblichen offenen Fragen geklärt werden. Die offenen Grundsatzfragen beziehen sich
 - auf das notwendige Raumkonzept,
 - den Standort,
 - der Möglichkeit zum Bau durch eine städtische Gesellschaft,
 - dem Bau durch einen Investor, der entweder „schlüsselfertig“ baut oder das Gebäude anschließend an die Stadt Melle vermietet oder verpachtet, der Gesamtfinanzierung der Baumaßnahme.
3. Die anstehenden Schulbaumaßnahmen, die die Oberschulen und die Grundschule Buer und Grundschule Gesmold betreffen, dürfen durch den weiteren Planungsverlauf zum Stadthaus nicht beeinträchtigt werden.
4. Die Politik begleitet den Prozess bei Bedarf mit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe.

TOP 12 Sporthalle Gesmold - Umsetzungsbeschluss zur Sanierung Vorlage: 01/2023/0300

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage. Er betont, dass mit dem nun vorliegenden Beschlussvorschlag ein sehr guter Kompromiss bei der Ausarbeitung und Ausführung der Halle getroffen worden sei. Man habe viele funktionale Verbesserungen aufgenommen und er dankt allen Beteiligten für die konstruktive Mitarbeit und die Ausarbeitung.

Herr Timpe bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten für die Zusammenarbeit. Auch als der angedachte Vorschlag hinsichtlich der Tribüne abgelehnt worden sei, sei konzeptionell und professionell weitergearbeitet worden. Er informiert, dass man durch die geplante Maßnahme nun eine 3-Feld-Sporthalle bekäme. Außerdem werde der energetische Standard verbessert. Dieses wirke sich dauerhaft auf die Betriebskosten aus und es werde eine geschaffen, die vielfach genutzt werden könne. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Frau Kruse-Wiegand begrüßt den vorliegenden Beschlussvorschlag. Sie dankt insbesondere dem Ortsrat Gesmold für den Einsatz und das Vorantreiben des Themas. Sie unterstreicht, dass Sporthallen wichtig seien, da durch den Breitensport die Lebensqualität und die Gesundheitsvorsorge gefördert werde. Zudem profitierte die ganze Bevölkerung von den öffentlichen Sportstätten und die Investitionen in Sportstätten seien Investitionen in die Infrastruktur und zudem ein Standortvorteil. Es sei wichtig, dass man sich auch zukünftig den Ausbau von Sportstätten leisten könne.

Herr Schulke teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Es sei gut, nun in die Umsetzung zu kommen. Seit dem Jahr 2016 werde über dieses Thema diskutiert. Es sei wichtig, dass bei der Sanierung energetische Standards des heutigen Niveaus umgesetzt würden. Er befürchte jedoch, dass es perspektivisch wieder zu Diskussionen kommen werde. Nur weil Räumlichkeiten des Sportvereins mitgenutzt werden könnten, werde das Soll an Geräteräumen erreicht. Zudem ständen nach der Sanierung weniger Sanitäreinrichtungen als bisher zur Verfügung. Trotzdem sei es wichtig, die Maßnahme nun in Angriff zu nehmen. Herr Schulke betont, dass die Kletterwand ein wichtiger Faktor sei. Da sie nicht an dem jetzigen Standort verbleiben könne, werde sie bei den Sanierungsmaßnahmen der Grundschule berücksichtigt. Auch sei der Weiterbetrieb des Vereinsheimes wichtig. Er befürworte einen möglichst zeitnahen Beginn der Sanierung nach den Sommerferien, um möglichst keine Einschränkungen in zwei Winterhalbjahren hinnehmen zu müssen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beauftragt die Verwaltung, die Sporthalle Gesmold, wie es im Einzelnen in der Stellungnahme zur Sach- und Rechtslage beschrieben ist, zu sanieren. Die aufgezeigten Kosten werden freigegeben.

TOP 13 Bürgerradwege- weitere Beteiligung der Stadt Melle Vorlage: 01/2023/0350

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Hövel betont, dass sie den vorliegenden Beschlussvorschlag begrüße und dadurch der Stellenwert der Radwege in der Stadt Melle deutlich werde. Die Verbesserung der Sicherheit für Radfahrer und eine Umsetzung der Mobilitätswende sei wichtig. Gerade in Melle hätten sichere Radwege eine große Bedeutung für den Weg zur Arbeit, zur Schule und die Freizeitgestaltung. Es sei der Radwegeinitiative Allendorfer Straße L95/L108 e. V. und der Radwegeinitiative L 94 Himmern e. V. zu verdanken, dass es in diesen Bereichen so schnell vorangehe. Beide Initiativen hätten mit ihrem jahrelangen aktiven Einsatz dafür gesorgt, dass es überhaupt zu dem heute vorliegenden Beschlussvorschlag gekommen sei. Sie informiert, dass die Initiativen vorbereitende Gespräche mit Grundstückseigentümern und Behörden geführt hätten. Durch Gespräche mit externen Fachleuten würden die Planungen vorangetrieben und finanziert. Zudem fänden Abstimmungsgespräche mit den jeweiligen Fachämtern statt. Hierfür spricht sie den Initiativen ihren ausdrücklichen Dank aus. In diesen Dank schließt sie die Radwegeinitiative Holterdorfer Straße e. V. ein. Frau Hövel teilt mit, dass für den Radwegebau viel Geld erforderlich sei. Einen entscheidenden Anteil daran hätten die Kompensationsmaßnahmen. Daher müsse darüber nachgedacht werden, ob es tatsächlich angemessen und zielführend sei, wenn die Flächenversiegelung in diesem Bereich genauso kompensiert werden müsse, wie die Versiegelung für Autobahnen und Parkplätze. Ihrer Meinung nach müsse der Gesetzgeber hier differenzieren, da Radwege maßgeblich zur Förderung des Naturschutzes beitragen, einen hohen ökologischen Nutzen

hätten und ein bedeutender Teil der Mobilitätswende seien. Sie schlägt vor, dieses Thema parteiübergreifend anzugehen. Hierfür sei es notwendig gesetzliche Grundlagen zu modifizieren. Es müsse eingefordert werden, dass die Verfahren verschlankt und beschleunigt werden. Frau Hövel informiert, dass sie bereits mit dem Herrn Uhlen MdL Kontakt aufgenommen habe. Dieser sehe hier ebenfalls Handlungsbedarf. Abschließend teilt sie mit, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme.

Herr Thöle informiert, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimme. Es handele sich um eine herausragende Initiative und Planung. Radwege seien sehr wichtig und auch in Riemsloh wäre es schön, wenn das Thema „Bürgerradwege“ auf diese Art angeschoben werden könnte. Allerdings wäre dann dort auch das Land Niedersachsen in der Verpflichtung. Er weist darauf hin, dass es nicht sein könne, dass die Stadt Melle generell Aufgaben des Kreises oder des Landes übernehmen müsse.

Frau Meier unterstreicht, dass die Radwegesicherheit von immer größerer Bedeutung sei. Sie bedankt sich für das private Engagement der Radwegeinitiativen. Hier sei sehr viel Arbeit und auch Geld investiert worden. Dieses sei ausgesprochen lobenswert. Man freue sich, wenn noch mehr Radwege gebaut würden. Sie betont jedoch, dass die Stadt Melle Kosten übernehme, für die sie eigentlich nicht zuständig sei. Hierüber müsse man sich zukünftig Gedanken machen. Es sei zu überdenken, wie auf Kreisebene mit dem Bürgerengagement und den Radwegeinitiativen umgegangen werde. Ggf. würden dadurch die Prioritätenlisten beeinflusst und dringend notwendige Maßnahmen zurückstehen. Sie teilt abschließend mit, dass ihre Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimme.

Herr Hunting teilt mit, dass jeder zusätzliche Radweg begrüßenswert sei. Jedoch müsse man sich darüber Gedanken machen, wie zukünftig mit dem Thema umgegangen werde. Es könne nicht richtig sein, finanzielle Ressourcen der Stadt Melle aufzuwenden, um Bürgerradwege voranzubringen. Er weist darauf hin, dass es auch Abschnitte gebe, in denen es kein Bürgerengagement gebe, aus Sicherheitsaspekten ein Radweg jedoch wichtig sei. Daher dürfen die zuständigen Verkehrslastträger nicht aus der Verantwortung genommen werden. Seine Fraktion stimme dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beauftragt die Verwaltung sämtliche für den Radwegebau der Bürgerradwege Allendorfer Str. L95/L108 e.V. und Radwegeinitiative L94 Himmern e.V., notwendigen Flächen inkl. damit verbundener Nebenkosten gem. des beschriebenen Sachverhalts zu übernehmen.

Die hierfür ermittelten Kostenansätze sind in den Haushaltsplanungen für die kommenden Jahre zu berücksichtigen.

TOP 14 Gesamtkonzept der Jugendarbeit in der Stadt Melle Vorlage: 01/2023/0281

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Hinze teilt mit, dass der Ausschuss für Soziales, Sport und ehrenamtliches Engagement dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe. Er dankt allen, die an der Erstellung des Konzeptes beteiligt waren. Es sei ein gutes Ergebnis für die Stadt Melle und die Jugendlichen erzielt worden, welches nun mit Leben und Inhalten gefüllt werden müsse.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das gesamtstädtische Konzept der Jugendarbeit wird in der vorliegenden Form beschlossen.

**TOP 15 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erstattung von Schulsachkosten und das Aussetzen der Kreisschulbaukasse
Vorlage: 01/2023/0346**

Bürgermeisterin informiert beginnend, dass parallel zur heutigen Ratssitzung der Stadt Melle auch eine Sitzung des Gemeinderates Bad Essen und des Gemeinderates Bissendorf stattfindet, in denen der vorliegende Beschlussvorschlag ebenfalls beraten wurde. Aktuell informiert sie, dass der Gemeinderat Bad Essen der Vorlage zugestimmt habe. Der Gemeinderat Bissendorf habe sich jedoch dagegen entschieden. Bürgermeisterin teilt mit, dass entschieden worden sei, trotzdem heute über den vorliegenden Beschlussvorschlag zu beraten. Sie geht jedoch davon aus, dass noch weitere Verhandlung erfolgen müssen, da noch nicht klar sei, wie die Schulbaukasse eingerichtet werden solle.

Im Anschluss erläutert Herr Dreier die Beschlussvorlage. Er ergänzt zum Thema „Kreisschulbaukasse“, dass der Beschlussvorschlag ursprünglich bereits im letzten Jahr zur Diskussion gestellt werden sollte. Das Thema sei seinerzeit dann jedoch von der Tagesordnung genommen worden, da rechtliche Probleme auch vom Landkreis gesehen wurden. Eine entsprechende Prüfung sei mittlerweile abgeschlossen und es gebe von beiden Fachministerien den Hinweis, dass der Weg rechtmäßig sei, wenn sich alle Kommunen darauf verständigten. Da die Gemeinde Bissendorf nun ausgestiegen sei, müsse man schauen, wie das Thema gelöst werde. Als Signal schlage er jedoch vor, den Beschluss dennoch zu fassen.

Frau Ernst teilt mit, dass der Ausschuss für Bildung am 05.12.2023 einstimmig dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe. Sie werbe heute ebenfalls um Zustimmung, da es um eine signifikante Signalwirkung gehe, die eine Planungssicherheit bzgl. der Schulsachkosten und Zahlungen für die Schulen gebe. Sie hoffe, dass die öffentlich-rechtliche Vereinbarung so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden könne.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erstattung von Schulsachkosten und das Aussetzen der Kreisschulbaukasse sowie die dazugehörige Erstattungsregelung in den anliegenden Fassungen abzuschließen.

**TOP 16 Verordnung über den Mindestabstand von Wettvermittlungsstellen innerhalb der Stadt Melle
Vorlage: 01/2023/0313**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Reehuis teilt mit, dass der Beschluss im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung völlig unstrittig gewesen sei. Die Suchtprävention sei sehr wichtig und das Thema sei bereits aus dem Bereich der Spielstätten bekannt.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verordnung über den Mindestabstand von Wettvermittlungsstellen innerhalb der Stadt Melle wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

**TOP 17 Automuseum Melle gGmbH - Geschichte auf Rädern -
Betriebskostenzuschuss
Vorlage: 01/2023/0306**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Kruse-Wiegand betont, dass das Automuseum ein Aushängeschild für die Stadt Melle sei und zudem im gesamten Landkreis Osnabrück und auch bundesweit bekannt sei. Es sei wichtig, das Automuseum zu erhalten und neue Ideen zu entwickeln, um auch zukünftig interessant für Besucherinnen und Besucher zu bleiben. Aus Sicht des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing würden die neuen Strukturen dieses ermöglichen.

Frau Kruse-Wiegand informiert, dass sich der neue Betriebsleiter bereits im Fachausschuss vorgestellt habe und sie sicher sei, dass er das Automuseum Melle weiter erfolgreich führen werde. Hierzu seien neue Ideen bereits gesammelt worden. Für die Lebensqualität sei es wichtig, Maßnahmen im Kulturbereich zu fördern und zu unterstützen.

Herr Plaß teilt mit, dass er den vorliegenden Beschlussvorschlag ebenfalls begrüße. Es sei ein gutes Konzept gefunden worden. Mit einem relativ kleinen Zuschuss könne das Automuseum weiterhin als Leuchtturm der Stadt Melle fungieren. Mit dem jetzigen Konzept sei man auf einem guten und zukunftsfähigen Weg.

Frau Aryus-Böckmann teilt mit, dass ihre Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimme. Die dynamische Entwicklung des Automuseums begeistere und die Besucherzahlen entwickelten sich deutlich besser als prognostiziert. Einen Grund zu feiern gebe es demnächst auch, da das Automuseum seinen 40. Geburtstag feiere.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Museum „Geschichte auf Rädern - Automuseum Melle gGmbH“ erhält im Anschluss an den ausgelaufenen Vertrag rückwirkend ab dem 1.5.2023 einen monatlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 5.000 € (60.000,00 € p.a.). Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, einen entsprechenden Vertrag zu schließen, in dem die Voraussetzungen zur Auszahlung und Mittelverwendung festzuschreiben sind.

Das Automuseum Melle erhält zusätzlich ab dem 1.1.2024 einen Personalkosten-zuschuss zur Anstellung einer Betriebsleitung. Der Personalkostenzuschuss ist begrenzt auf eine Vergütung bis zur Entgeltgruppe 11 TVöD. Die Zuordnung einer hauptamtlichen Geschäftsführung in Vollzeit bei der Stadt Melle entfällt damit.

**TOP 18 Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum
Stichtag 31.10.2023
Vorlage: 01/2023/0320**

Herr Birkemeyer erläutert ausführlich die Informationsvorlage.

Stellv. Vorsitzender dankt in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die zeitnahe Vorbereitung und Erstellung des Controllingberichtes.

Alle anwesenden Ratsmitglieder nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 19 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die
Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2024
Vorlage: 01/2023/0303**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage. Er ergänzt zu diesem und den folgenden Tagesordnungspunkten 20 bis 22, dass das Nds. Kommunalabgabengesetz die Kommunen zu einer kostendeckenden Gebührenerhebung verpflichte. An vielen Stellen, wie z. B. bei den Dienstleistern aufgrund der Tarifabschlüsse und der gestiegenen Energiekosten, gebe es eine deutliche Kostensteigerung. Damit eine Kostendeckung erreicht werde, müssten diese Kosten weitergegeben werden.

Herr Lütkemeyer teilt mit, dass der Beschluss in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen insofern einstimmig erweitert worden sei, dass in 2024 die qualitativen und quantitativen Bemessungsgrundlagen für die Straßenreinigung in Melle-Mitte und den einzelnen Stadtteilen zu überprüfen seien.

Stellv. Vorsitzender ergänzt, dass die offenen Fragen bzgl. der Erweiterung des Beschlussvorschlages möglichst vor den Haushaltsgesprächen im nächsten Jahr geklärt werden sollen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden ergänzten

Beschluss:

Die im Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2024“ wird als Satzung beschlossen.

Der Gebührensatz für das Kalenderjahr 2024 wird von 2,00 Euro je lfd. Meter Straßengrundstücksfront um 0,14 Euro erhöht und auf 2,14 Euro je lfd. Meter Straßengrundstücksfront festgesetzt.

Im Jahr 2024 sind die quantitativen und qualitativen Bemessungsgrundlagen für die Straßenreinigung in Melle-Mitte und den Stadtteilen zu überprüfen.

**TOP 20 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die
Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr
2024
Vorlage: 01/2023/0305**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr 2024“ wird als Satzung beschlossen.

Die Kanalbenutzungsgebühr wird für das HH-Jahr 2024 – wie im Vorjahr - auf 3,30 Euro je cbm Abwasser festgesetzt.

Der Beitragssatz zur Deckung des Aufwandes für die zentrale Schmutzwasserkanalisation pro qm Beitragsfläche – Vollgeschossmaßstab – wird für das HH-Jahr 2024 von 10,45 Euro um

0,19 Euro erhöht und auf 10,64 Euro festgesetzt. Der Beitragssatz zur Deckung des Aufwandes für die zentrale Niederschlagswasserkanalisation pro qm Beitragsfläche - Grundstücksflächenmaßstab – wird für das HH-Jahr 2024 von 3,35 Euro um 0,05 Euro erhöht und auf 3,40 Euro angepasst.

**TOP 21 Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und abflusslosen Sammelgruben) für das Kalenderjahr 2024
Vorlage: 01/2023/0307**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) für das Kalenderjahr 2024“ wird als Satzung beschlossen.

Die Benutzungsgebühr für die Abwasserbeseitigung aus Hauskläranlagen wird für das HH-Jahr 2024 von 55,20 Euro je cbm Fäkalschlamm um 2,80 Euro auf 58,00 Euro je cbm Fäkalschlamm angehoben.

Die Benutzungsgebühr für die Abwasserbeseitigung aus abflusslosen Gruben wird für das HH-Jahr 2024 von 32,00 Euro je cbm Abwasser um 0,40 Euro auf 32,40 Euro je cbm Abwasser angehoben.

**TOP 22 Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2023/0308**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Stellv. Vorsitzender informiert, dass es zum diesem Thema im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 07.12.2023 Diskussionen gegeben habe.

Herr Hunting ergänzt, dass es auch im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung einen Austausch zu diesem Thema gegeben habe. Es sei besprochen worden, dass man sich grundsätzlich über die Bewirtschaftung und Gestaltung der Friedhöfe Gedanken machen sollte. Diese Anregung sei vom Ordnungsamt aufgenommen worden und im Laufe des kommenden Jahres werde man sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. Dem heute vorliegenden Beschlussvorschlag stimme seine Fraktion zu.

Herr Lütkemeyer bemerkt, dass sich die Nutzung der Friedhöfe und die Bestattungskultur in den letzten Jahren deutlich verändert habe. Die Friedhofskapelle und die Leichenkammern wurden im Verhältnis zu den Bestattungen wesentlich seltener genutzt. Hierfür gebe es viele verschiedene Gründe und die Kostendeckungsgrade würden deutlich unterschritten. Viele Wahlgrabstätten würden aufgegeben oder verkleinert. Dadurch entstünden freie Flächen in den Grabreihen, deren Pflege kostenintensiv sei. Aus Sicht des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen sei es an der Zeit, sich über die Nutzungsangebote der städtischen Friedhöfe Gedanken zu machen. Der zuständige Arbeitskreis des Ortsrates Melle-Mitte habe sich hierzu Gedanken gemacht und sich mit Fachleuten ausgetauscht. Eine Möglichkeit sei

z. B. die Kapelle in ein Kolumbarium umzugestalten oder aber die Friedhofkapelle zu vergrößern, um eine Nutzung für private Bestattungsunternehmen zu ermöglichen. Herr Lütkemeyer informiert, dass die Stadt Melle erhebliche Kosten für die Pflege und die Verbesserung der Wege des Friedhofes Melle-Mitte aufgebracht habe. Die kirchlichen Friedhöfe in den Stadtteilen leisteten diesen Unterhalt jedoch ausschließlich aus den Gebühren. Abschließend teilt er mit, dass die Mitglieder des Ausschusses für Feuerwehr und Ordnung gemeinsam mit dem Ordnungsamt Vorschläge zur Verbesserung des Friedhofwesens und der daraus resultierenden Finanzbedarfe erarbeiten müssen. Der heute vorliegende Beschlussvorschlag wurde im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen einstimmig empfohlen.

Frau Meier teilt mit, dass ihre Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimme. Die aufgeworfene Fragestellung müsse in Ruhe im nächsten Jahr im Fachausschuss, möglicherweise mit Begleitung des Ortsrates Melle-Mitte besprochen werden.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die im Entwurf beigefügte „Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Melle mit Gebührentarif“ (Anlage 5) wird als Satzung beschlossen.

Die Planungsrechnung des Gebührenhaushaltes „Friedhöfe“ ist jährlich zu aktualisieren. Die Gebührenhöhe wird jährlich neu festgelegt, mit dem Ziel die strategischen Kostendeckungsgrade zu erreichen bzw. beizubehalten.

**TOP 23 Erhöhung des Steuersatzes der Spielgerätesteuern
Vorlage: 01/2023/0335**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Reehuis unterstreicht, dass durch die Vergnügungssteuersatzung ein wichtiger Akzent gegen die Spielsucht gesetzt werde. Da das Oberverwaltungsgericht Lüneburg nun eine Erhöhung des Steuersatzes auf 25% des Einspielergebnisses festgesetzt habe, sei es der richtige Schritt, diesen Steuersatz auch anzunehmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt den Steuersatz der Spielgerätesteuern aus der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Melle vom 12.12.2007, zuletzt geändert durch die 3. Satzung zur Änderung vom 01.05.2019, gemäß der beigefügten 4. Satzung zur Änderung (Anlage 1) der oben genannten Vergnügungssteuersatzung zu erhöhen.

Die anliegende 4. Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Melle vom 12.12.2007 wird somit als Satzung beschlossen.

TOP 24 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 01/2023/0348

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage und dankt in diesem Zusammenhang den Fördervereinen der Kindergärten und Schulen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 8 NKomVG gemäß der Anlage 1 für die Stadt Melle.

**TOP 25 Änderung des Gesellschaftsvertrages der oleg Osnabrücker
Land-Entwicklungsgesellschaft mbH**
Vorlage: 01/2023/0362

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden i

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Melle stimmt der Neufassung des § 15 des Gesellschaftsvertrags der oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH zur Verlustabdeckung zu.
2. Der Rat der Stadt Melle stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrags der oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH, wie in der Begründung zu dieser Vorlage dargelegt, zu.

**TOP 26 Kommunale Betrauung der oleg Osnabrücker Land –
Entwicklungsgesellschaft mbH**
Vorlage: 01/2023/0363

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Melle beschließt die Fortsetzung der kommunalen Betrauung der oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH (oleg) mit der Erbringung gemeinwirtschaftlicher Dienstleistungen, wie in der Begründung dargelegt.
2. Die kommunale Betrauung soll auf der Grundlage des neuen Betrauungsakts rückwirkend zum 01.01.2024 erfolgen und zu diesem Zeitpunkt den bestehenden Betrauungsakt vom 07.10.2015 ersetzen. Die Dauer der kommunalen Betrauung soll 15 Jahre betragen.
3. Der Betrauungsakt soll nach der notariellen Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrags der oleg fortgeschrieben werden.
4. Als Mechanismus zur Vermeidung von Überkompensierung wird der Landkreis Osnabrück jährlich prüfen, ob die der oleg gewährte Förderung über das hinausgeht, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der ihr auferlegten Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken. Soweit dies der Fall ist,

wird der Landkreis Osnabrück die überschießenden Fördermittel zurückfordern oder auf das folgende Geschäftsjahr anrechnen, wenn die Überzahlung nicht mehr als 10 % der geleisteten Ausgleichszahlung in dem jeweiligen Jahr beträgt (siehe Abschnitt IV. des Betrauungsakts).

**TOP 27 Finanzielle Beteiligung von Kommunen an
Freiflächenanlagen nach § 6 EEG 2023
Vorlage: 01/2023/0369**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem durch die JUWI GmbH angebotenen Vertrag (s. Anlage) zur finanziellen Beteiligung an der Freiflächensolaranlage in Gesmold im Sinne von § 6 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 EEG 2023 wird zugestimmt.

**TOP 28 Erlass einer Veränderungssperre gem § 14 ff. BauGB für
den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplan
"Westlich Plettenberger Straße" im Stadtteil Melle-Mitte
Vorlage: 01/2023/0297**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann teilt ergänzend mit, dass der Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung am 23.11.2023 den Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen habe. Parallel dazu sei auch der entsprechende Aufstellungsbeschluss gefasst worden.

Herr Plaß bemerkt, dass der Bebauungsplan begrüßt werde und die logische Folgerung daraus der nun vorliegende Beschlussvorschlag bzgl. der Veränderungssperre sei. Wichtig sei, den Kern der Stadt Melle zu stärken.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Satzung der Stadt Melle über die Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Westlich Plettenberger Straße“ im Stadtteil Melle-Mitte wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung über die Veränderungssperre ortsüblich bekannt zu machen.

**TOP 29 Bebauungsplan „Gewerbegebiet Bruche-Ost, 2. Änderung
und Erweiterung" hier: Beschluss über die Abwägung und
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 3 BauGB
Vorlage: 01/2023/0270**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann teilt mit, dass es in diesem Bereich bereits einen Bebauungsplan als Gewerbegebiet gebe. Es sei eine relativ große Fläche betroffen, für die es allerdings nur um eine Anpassung gehe.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Über die zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Bruche-Ost, 2. Änderung und Erweiterung“ vorgebrachten Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie aus der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Abwägungsvorschlag beschlossen.
2. Der Bebauungsplan „Gewerbegebiet Bruche-Ost, 2. Änderung und Erweiterung“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**TOP 30 24. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Melle im Bereich "An der blanken Mühle II", Melle-Buer hier: Beschluss über die Abwägung und Feststellungsbeschluss
Vorlage: 01/2023/0272**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlag.

Herr Uffmann teilt mit, dass der Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung am 23.11.2023 den Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen habe.

Herr Hunting betont, dass es sich auch aus Sicht des Ortsrates Buer um eine wirklich gute Entscheidung handele. Es sei begrüßenswert, dass innerhalb von einem Jahr der Satzungsbeschluss heute gefasst werden könne und das Verfahren sei ein gutes Beispiel, wie es auch bei anderen Planvorhaben laufen sollte.

Herr Pietsch bemerkt bzgl. der textlichen Festsetzungen, dass hier, wie seit vielen Jahren üblich, Bestimmungen zu den Bepflanzungen getroffen würden. Er möchte wissen, in welchem Turnus die Umsetzung der Bestimmungen überprüft würden und wie hoch der Verwaltungsaufwand hierfür sei.

Herr Schmeing informiert, dass es wichtig sei, die festgesetzten Maßnahmen auch zu kontrollieren. Dieses solle im nächsten Jahr angegangen werden. Auch in Gewerbegebieten sollen die Umsetzungen überprüft werden. Diesbzgl. sei er im Austausch mit dem Bauamt und dem Umweltbüro. Eine turnusmäßige Überprüfung sei möglicherweise schwierig zu realisieren, da hierfür das Personal fehle. An einer Lösung für dieses Problem werde noch gearbeitet. Die direkte Zielsetzung sei, nach den Baufertigstellungsanzeigen eine Kontrolle nach den Vorgaben durchzuführen.

Herr Pietsch fragt, ob es richtig sei, dass momentan keine Kontrollen stattfänden.

Herr Schmeing erklärt, dass durchaus Kontrollen stattfänden. Diese seien allerdings noch nicht so durchgängig und sinnvoll, wie er es sich wünsche. Eine lückenlose Dokumentation gebe es momentan nicht.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Über die zur 24. Änderung des Flächennutzungsplans „An der blanken Mühle II“ vorgebrachten Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie aus der
- Protokoll der 11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle vom 14.12.2023 Seite 28 von 33

Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Abwägungsvorschlag beschlossen.

2. Die 24. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Melle im Bereich "An der blanken Mühle II" wird beschlossen.

**TOP 31 Bebauungsplan "An der blanken Mühle II", Melle-Buer
hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2023/0271**

Wortbeiträge s. TOP 30.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1 Über die zum Bebauungsplan „An der blanken Mühle II“ vorgebrachten Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie aus der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Abwägungsvorschlag beschlossen.

2. Der Bebauungsplan „An der blanken Mühle II“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**TOP 32 Festsetzung der Abgaben für die Benutzung der
Wasserversorgungseinrichtungen im Kalenderjahr 2024
Vorlage: 01/2023/0324**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Lütkemeyer teilt mit, dass der Betriebsausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2023 dieses Thema beraten habe und einstimmig empfohlen habe.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Wasserversorgungseinrichtungen für das Kalenderjahr 2024 wird in der anliegenden Form beschlossen.

**TOP 33 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für das Jahr 2024
Vorlage: 01/2023/0325**

Herr Birkemeyer erläutert die Beschlussvorlage. Er dankt dem Betriebsleiter Herrn Leimbrock für die Erstellung des Wirtschaftsplanes. Er weist darauf hin, dass im Bereich des Wasserwerks zukünftig mit immensen Investitionen zu rechnen sei. Er unterstreicht, dass die Ressource „Wasser“ sehr wichtig sei. Die Infrastruktur müsse instandgehalten und weiter ausgebaut werden, damit eine dauerhafte Versorgung mit qualitativ gutem Wasser sichergestellt werden könne.

Herr Lütkemeyer informiert, dass der Betriebsausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2023 den Wirtschaftsplan des Wasserwerkes beraten und einstimmig empfohlen habe. Beispielhaft für besondere Investitionen in 2024 nennt er die Sanierung des Brunnens in Düingdorf und den Neubau des Hochbehälters in Wellingholzhausen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle setzt den Wirtschaftsplan des Wasserwerks für das Jahr 2024 wie folgt fest:

I. Erfolgsplan

Erträge	4.257.500 EUR
Aufwendungen	4.119.500 EUR
Jahresüberschuss	138.000 EUR

II. Vermögensplan

Benötigte Mittel	3.175.000 EUR
Vorhandene bzw. zu beschaffende Mittel	3.175.000 EUR

III. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der im Wirtschaftsplan 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird auf 250.000 EUR festgesetzt.

IV. Kreditaufnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird für 2024 auf 1.468.000 EUR festgesetzt.

V. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird für 2024 auf 850.000 EUR festgesetzt.

VI. Stellenübersicht

Die Stellenübersicht 2024 wird in der vorliegenden Form beschlossen.

TOP 34 Anträge von Ratsfraktionen und-gruppen

TOP 34.1 Antrag der UWG zur Erstellung einer Baumschutzsatzung Vorlage: 01/2023/0332

Herr Pietsch erläutert den Antrag der UWG. Er teilt mit, dass er nicht wirklich verwundert sei, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am 29.11.2023 keine Zustimmung gefunden habe. Allerdings wundere er sich darüber, dass der Antrag abgelehnt worden sei, obwohl gar keine konkrete ausformulierte Baumschutzsatzung vorgelegen habe. Geplant sei gewesen, die Konditionen, angepasst an die Verhältnisse der Stadt Melle, noch zu erstellen. Für Melle sollten eigene Bestimmungen, wie z. B. Baumarten, -größen, und Ausnahmeregelungen festgelegt werden. Er teilt mit, dass der den Eindruck gewonnen habe, dass den anderen Fraktionen im Rat der Stadt der Baumschutz nicht so wichtig sei. Herr Pietsch zeigt sich zudem verwundert, dass der Antrag

einstimmig, auch mit den Stimmen der Grünen-Fraktion abgelehnt worden sei. Die vorgebrachten Argumente gegen eine Baumschutzsatzung halte er für fadenscheinig. Es sei vorgebracht worden, dass andere Kommunen die Baumschutzsatzung wieder abschafften. Er weist darauf hin, dass dieses dort jedoch gegen den Widerstand der Grünen geschehen sei. Es sei zudem vorgetragen worden, dass eine Baumschutzsatzung kontraproduktiv sei und dadurch sogar mehr Bäume gefällt würden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf §17 des Bundesnaturschutzgesetzes und das Nds. Naturschutzgesetz. Hier habe es zum 01.01.2021 eine grundlegende Änderung zum Fällen von Bäumen gegeben. Herr Pietsch bemerkt zudem, dass gesagt worden sei, dass durch eine Baumschutzsatzung ein hoher Verwaltungsaufwand nötig sei. In den Bebauungsplänen werde alles textlich festgelegt, jedoch erfolge keine Überprüfung. Wenn es eine Baumschutzsatzung gebe, habe man zumindest eine Handhabe, wenn ein Baumfrevler begangen werde. Es sei nicht nötig, dass ständig eine Person durch Melle fahre und die Bäume kontrolliere. Wichtig sei, das Bewusstsein für den Erhalt der Natur zu stärken. Er plädiert abschließend für die Zustimmung zu einer Baumschutzsatzung.

Herr Plaß teilt mit, dass er es begrüße, dass die Themen „Bäume und Naturschutz“ emotionale Themen seien. Es sei eine Sensibilität eingetreten und dadurch sei die Möglichkeit gegeben, die Natur besser zu schützen. Die geplante Satzung sei seiner Meinung nach dafür nicht geeignet. Das Ziel höre sich zwar gut an, sei jedoch das falsche Mittel. Wenn man sich mit der Materie „Baumschutzsatzung“ beschäftige, merke man, dass viele Kritikpunkte berechtigt seien. So würden Erwartungen und Hoffnungen geschürt, die nicht erfüllt werden könnten und kein Baum könne dadurch gerettet werden. Außerdem werde sich bei großen Baummaßnahmen kein Investor durch eine Baumschutzsatzung abschrecken lassen. Der bürokratische Aufwand sei zu dem groß. Abschließend gibt Herr Plaß zu bedenken, dass bei einer einstimmigen Ablehnung des Antrages durch den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zu sehen sei, dass jeder sich Gedanken zu diesem Thema gemacht habe und man festgestellt habe, dass das Ziel gut sei, jedoch nicht mit der Satzung erreicht werden könne. Er plädiere dafür, die Anstrengungen zu vergrößern, um weitere Pflanzungen vornehmen zu können.

Herr Trenkler bemerkt, dass es bei der Vorstellung des Antrages an Argumenten fehle. Es sei klar, dass eine Baumschutzsatzung schwierig zu erstellen sei und auch personelle Ressourcen binde. Es sei eine Stelle notwendig um die Thematik einzuführen und Kontrollen durchzuführen. Für größere Investoren sei es zudem kein Problem, trotzdem Bäume zu fällen und dann mögliche Strafen zu zahlen. In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau sei klar geworden, dass es wichtig wäre, eine Stelle zu besetzen und diese damit zu beauftragen, die Bevölkerung über die Wichtigkeit des Baumschutzes zu informieren. In der Stadt Melle habe es hierzu schon einige gute Programme gegeben. Eine Satzung in der alles reglementiert werde, sei nicht nötig.

Herr Thöle teilt mit, dass er sich den Aussagen von Herrn Plaß und Herrn Trenkler anschließe. Viele im ländlichen Außenbereich Wohnende wären von einer Baumschutzsatzung betroffen. Es würden Bäume und Hecken geschätzt und diese bei Abgängen natürlich auch nachgepflanzt. Es habe nie eine Verordnung gegeben und jede Bürgerin und jeder Bürger in Melle kenne den ökologischen Wert der Bäume. Eine Unterstützung in diesem Bereich sei sinnvoll. Verordnungen und Verbote seien jedoch kontraproduktiv.

Herr Gerling ist ebenfalls der Meinung, dass Bäume durch eine Baumschutzsatzung nicht gerettet werden können. In der Stadt Melle gebe es eine Förderung für die Pflanzung von Bäumen. Hierfür stehe im Haushalt ein Betrag in Höhe von 75.000.00 € zur Verfügung. Dadurch würden die Bürgerinnen und Bürger in der Umsetzung von Baumpflanzaktionen unterstützt. Seine Fraktion lehne den Antrag der UWG ab.

Der Rat der Stadt Melle lehnt mit zwei Ja-Stimmen und 34 Nein-Stimmen folgenden Antrag der UWG Melle

Antrag:

Die Verwaltung der Stadt Melle erstellt auf Basis des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes unter Zuhilfenahme der Mustersatzung des Deutschen Städtetags (Gartenamtsleiterkonferenz) für die Stadt Melle eine Baumschutzsatzung und legt diese den politischen Gremien zur Beschlussfassung vor.

ab.

TOP 34.2 Antrag der SPD und GRÜNE/LINKE zur Anbringung von Pfandhaltern und Pfandringen
Vorlage: 01/2023/0341

Herr Dammann erläutert den Antrag der SPD- und Grüne/Linke Fraktion. Es werde beantragt, „Pfandhalter“ bzw. „Pfandringe“ an zentralen Punkten in Melle anzubringen. So werde ein Angebot geschaffen, dass Flaschen neben dem Mülleimer oder anderen markanten Orten sicher abgestellt werden können. Die Flaschen könnten so gefahrlos von Pfandsammlern eingesammelt werden und zudem werde dazu animiert, die Flaschen nicht einfach in der Landschaft zu entsorgen.

Herr Pietsch teilt mit, dass er den Antrag sehr begrüße und die UWG zustimmen werde. Er stellt jedoch fest, dass das Meller Jugendparlament bereits Anfang 2021 dafür gesorgt habe, dass einige Mülleimer mit Pfandringen ausgestattet worden seien. Leider werde in dem Antrag die ursprüngliche Initiative des Jugendparlamentes nicht erwähnt. Außerdem sei die Antragsstellung bereits Ende 2021 auf dem SPD-Stadtparteitag beschlossen worden. Es sei schade, dass erst jetzt der entsprechende Antrag vorliege. In diesem Zusammenhang regt Herr Pietsch an, dass evtl. die Berufsschule Melle angesprochen werden könnte, im Rahmen eines Schülerprojektes die Pfandringe herzustellen. Außerdem schlägt er vor, die vorhandenen Pfandringe mit einem Symbol zu kennzeichnen, damit sie besser zu erkennen seien. Der vorliegende Beschlussvorschlag solle um die Wörter „...und entsprechend zu kennzeichnen“ ergänzt werden.

Frau Meier informiert, dass im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau die Thematik diskutiert worden sei. Der Beschluss sei dort in der Form erweitert worden, dass zunächst mit fünf Pfandhaltern bzw. Pfandringen versuchsweise gestartet werden solle. Danach solle evaluiert werden, ob die Situation sich geändert habe. Sie bittet um Unterstützung des Antrages.

Stellv. Vorsitzender lässt über den ergänzten Antrag abstimmen.

Der Rat der Stadt Melles beschließt einstimmig folgenden ergänzten

Antrag:

Die Stadt Melle wird beauftragt, versuchsweise *fünf* sogenannte „Pfandhalter“ bzw. „Pfandringe“ an zentralen Punkten in Melle-Mitte sowie in den Stadtteilen an Mülleimer und Straßenlaternen anzubringen und *entsprechend zu kennzeichnen*.

TOP 35 Wünsche und Anregungen

Herr Pietsch teilt mit, dass am letzten Wochenende das jährliche Fußballweihnachtsturnier des SC Melle mit 36 Mannschaften aus verschiedenen Bundesländern stattgefunden habe. An den Samstagen gebe es an der Sporthalle an der Haferstraße ein Problem, da dort an den Werktagen eine Parkdauer von max. zwei Stunden mit Parkscheibe möglich sei. Die Turnierteilnehmer hielten sich jedoch wesentlich länger in der Halle auf. Bereits in der Ratssitzung am 15. Dezember 2022 habe er angeregt, dort eine Parkscheibenregelung wie

am Parkplatz Engelgarten von Montag bis Freitag einzurichten. Er erkundigt sich diesbzg. ob es nötig sei, für eine entsprechende Änderung einen politischen Antrag zu stellen. Bürgermeisterin schlägt vor, für den Tag der angesprochenen Veranstaltung einen Antrag zu stellen, damit die Regelung dann für diesen Tag außer Kraft trete. An anderen Wochenenden sei es wichtig, dass keine Dauerparker den Parkplatz belegten und für die Besucherinnen und Besucher der Sporthalle die Möglichkeit gegeben sei, dort einen Parkplatz zu finden. Zudem bestehe die Möglichkeit am Parkplatz Engelgarten und am Stadthaus am Wochenende unbegrenzt zu parken.

Stellv. Vorsitzender dankt allen Anwesenden für das Interesse. Er wünscht eine besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute für das Neue Jahr. Anschließend schließt er den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

22.02.2024

gez. Harald Kruse

Vorsitzende/r

(Datum, Unterschrift)

23.02.2024

gez. Jutta Dettmann

Verw. Vorstand

(Datum, Unterschrift)

20.02.2024

gez. Kerstin Lehnig

Protokollführer/in

(Datum, Unterschrift)